



Seit 1979, und somit seit 30 Jahren, haben die Vereinten Nationen in der österreichischen Hauptstadt ihren dritten Hauptsitz (nach New York und Genf). Das Internationale Zentrum Wien (VIC) – eine Sehenswürdigkeit der Stadt – in dem die Vereinten Nationen untergebracht sind, ist in den letzten drei Jahrzehnten zu einem internationalen Knotenpunkt für Belange der menschlichen Sicherheit geworden.

Wien beheimatet mehrere Mitglieder des UNO-Systems, die für Frieden, Sicherheit und Entwicklung mit dem Ziel arbeiten, Atome für den Frieden zu nutzen (Internationale Atomenergie-Organisation), Armut durch nachhaltiges industrielles Wachstum zu verringern (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung), Atomtests zu unterbinden (Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearwaffen), die Vorteile der friedvollen Nutzung des Weltalls in alle Regionen der Welt zu bringen (Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen), rechtliche Hindernisse für den internationalen Handel zu beseitigen (Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht) und die Welt vor Drogen, Kriminalität und Terrorismus sicherer zu machen (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung).

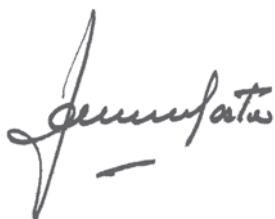
Das VIC beherbergt ebenso die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (die die internationale Zusammenarbeit fördert, um die Donau sauberer zu machen), den Internationalen Suchtstoffkontrollrat (der die Einhaltung der internationalen Drogenkontrollübereinkommen fördert), den Wissenschaftlichen Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung, das Register der Vereinten Nationen für die Erfassung der durch den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet verursachten Schäden, sowie Regional- und Länderbüros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, der Postverwaltung der Vereinten Nationen und den Informationsdienst der Vereinten Nationen in Wien.

Diese Bandbreite und Tiefe an Expertise spiegelt wider, wie hervorragend das Büro der Vereinten Nationen in Wien positioniert und ausgerüstet ist, um einige der dringlichsten Herausforderungen dieser Welt zu behandeln.

Auch das Internationale Zentrum Wien verändert sich mit der Zeit. In diesem Jubiläumsjahr feiern wir die Eröffnung eines hochmodernen Konferenzgebäudes, dem sogenannten M-Gebäude. Außerdem intensivieren wir unsere Anstrengungen, das VIC durch die Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen, Wiederverwertung und Abfallverringerung umweltfreundlicher zu machen.

Wir sind stolz darauf, einer der innovativsten und dynamischsten Dienstorte des Systems der Vereinten Nationen zu sein. Wien ist darüber hinaus einer der begehrtesten Orte zum Arbeiten. Wir danken der österreichischen Bundesregierung und der Stadt Wien für ihre Unterstützung und Gastfreundlichkeit.

Wir freuen uns auf weitere Jahrzehnte der Arbeit an einer sichereren, wohlhabenderen und gerechteren Welt.



Antonio Maria Costa  
 Generaldirektor  
 Büro der Vereinten Nationen in Wien





## Für Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte Mehr als 4000 Mitarbeiter aus über 100 Ländern arbeiten im VIC

Die Vereinten Nationen kamen bereits vor mehr als 50 Jahren nach Wien. Die erste Organisation war die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), die sich im Jahr 1957 nach ihrer Gründung im ehemaligen Grand Hotel am Ring bei der Oper niederließ. Zehn Jahre später folgte die im Jahr 1966 neu geschaffene Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) und bezog im Jahr 1967 das Felderhaus beim Rathaus und einige Gebäude in der Nähe. Als das Internationale Zentrum Wien im Jahr 1979 eröffnet wurde, kamen einige andere UNO-Einrichtungen an die Donau. Wien wurde nach New York und Genf dritter Hauptsitz der Vereinten Nationen. (Später wurde der vierte Hauptsitz in Nairobi eingerichtet.) Heute arbeiten mehr als 4000 Mitarbeiter aus über 110 Ländern für die in Wien ansässigen Organisationen. Sie kommen aus allen Ecken der Welt, wie etwa aus Costa Rica, Fidschi, Guyana, Mali oder Vanuatu, um nur einige wenige zu nennen.

Bereits im Jahr 1966 bot die österreichische Bundesregierung den Vereinten Nationen an, in Wien einen Gebäudekomplex zu errichten, der als Sitz für die IAEO und die UNIDO dienen sollte. Ein Jahr später beschlossen die Republik Österreich und die Stadt Wien, das Gelände am linken Donauufer dafür bereitzustellen.

Als entschieden wurde, dass Wien ein neuer Hauptsitz der Vereinten Nationen werden sollte, wurde ein internationaler Architektenwettbewerb ausgeschrieben, an dem 656 Architekten aus 50 Ländern teilnahmen und ihre Projekte einsandten. Vier Projekte blieben in der engeren Wahl und in Übereinstimmung mit der IAEO und der UNIDO wurde jenes des Österreicherers DI Johann Staber ausgewählt. Im Frühjahr 1973 wurde mit dem Bau begonnen.

Die einzelnen Gebäude wurden als Büro-, Konferenz- und Serviceeinrichtungen geplant. Die Baukosten wurden vom Bund (65 Prozent) und der Stadt Wien (35 Prozent) geteilt.

Am 23. August 1979 wurde das Internationale Zentrum Wien an die Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergie-Organisation während der Eröffnungsfeier übergeben. Allgemein bekannt als „UNO-City“, wurde das Gebäude für einen symbolischen Mietzins von 1 Schilling (7 Eurocent) pro Jahr für 99 Jahre an die Organisationen vermietet.

Heute sind im Internationalen Zentrum Wien folgende Organisationen untergebracht: das Büro der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), die Vorbereitende Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO PrepCom), die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL), und das Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA).

Andere Organisationen und Einheiten der Vereinten Nationen mit Büros in Wien sind die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (ICPDR), der Internationale Suchtstoff-Kontrollrat (INCB), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), der Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) Wien, das Büro der Vereinten Nationen für interne Aufsichtsdienste (OIOS), die Postverwaltung der Vereinten Nationen (UNPA), das Register der Vereinten Nationen für die Erfassung der durch den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet verursachten Schäden (UNRoD) und der Wissenschaftliche Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen radioaktiver Strahlung (UNSCEAR).

Büros und Organisationen, die in den vergangenen 30 Jahren vorübergehend ihren Sitz in Wien hatten, waren unter anderem das Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten (CSDHA), das im Jahr 1993 wieder nach New York verlegt wurde, sowie das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das im Jahr 1995 wieder nach Gaza und Amman übersiedelte.

Um dem wachsenden Bedarf an Konferenzräumlichkeiten gerecht zu werden, bot die österreichische Bundesregierung an, ein zusätzliches Konferenzgebäude im Internationalen Zentrum Wien zu errichten. Aus 68 Vorschlägen einer EU-weiten Ausschreibung, bekam das Konzept des österreichischen Architekten Albert Wimmer den Zuschlag. Das sogenannte M-Gebäude, dessen Konstruktion im Jahr 2006 begann, wurde zwei Jahre später von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und der österreichischen Außenministerin Ursula Plassnik eingeweiht. Mit dem neuen Konferenzgebäude verdoppelt sich die Kapazität der Konferenzsäle im VIC, wodurch die Bedeutung der Arbeit der hier ansässigen Organisationen, dreißig Jahre nach Eröffnung des VIC, weiter hervorgehoben wird.

Weitere Informationen:

**Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) Wien**

Internationales Zentrum Wien

Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-3325

Email: [unis@unvienna.org](mailto:unis@unvienna.org)

Internet: [www.unis.unvienna.org](http://www.unis.unvienna.org)



# Österreich und die Vereinten Nationen

*„Internationale Zusammenarbeit und Dialog sind die Grundlage für nachhaltigen Frieden und Entwicklung. Im Herzen Europas und über weite Teile seiner Geschichte an der Schnittstelle verschiedener Kulturen, Religionen und politischer Systeme hat Österreich eine Praxis des konstruktiven Dialogs entwickelt. Die Arbeit in Internationalen Organisationen und die Förderung der multilateralen Diplomatie zählen dementsprechend zu den Prioritäten der österreichischen Außenpolitik. In diesem Sinne misst Österreich der Tätigkeit der Vereinten Nationen höchste Bedeutung bei und ist stolz, in Wien eines ihrer Hauptquartiere zu beherbergen.“*

Michael Spindelegger  
Bundesminister für Europäische und Internationale Angelegenheiten

## Österreichische Aktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen

Österreich und die Vereinten Nationen erfreuen sich einer langen und erfolgreichen Zusammenarbeit. Für Österreich zählt die Arbeit in und mit den Vereinten Nationen zu den zentralen Elementen seiner Außenpolitik. Die in der UNO-Satzung verankerten Ziele und Prinzipien zählen für Österreich zu den wichtigsten Vorgaben zur Regelung der internationalen Beziehungen.

Globale Probleme erfordern globale Lösungen. Die Vereinten Nationen stellen für Österreich einen optimalen Rahmen dar, um den vielfältigen Herausforderungen von der Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit über die Förderung von nachhaltiger Entwicklung bis zum Schutz der Menschenrechte gemeinsam zu begegnen.

Seit seinem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995 bemüht sich Österreich, Angelegenheiten der Vereinten Nationen auch im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu berücksichtigen. Gleichzeitig fördert Österreich auch eine kohärente Außenpolitik der EU im Rahmen der Vereinten Nationen. Aus österreichischer Sicht kann die EU am meisten zur Arbeit der Vereinten Nationen beitragen, wenn sie mit einer Stimme spricht.

Kurz nach der Wiedererlangung seiner Souveränität mit der Unterzeichnung des Staatsvertrags im Jahr 1955 ist Österreich als siebzigstes Land den Vereinten Nationen beigetreten. Seitdem hat sich Österreich engagiert in die Arbeit der Organisation eingebracht und einen hervorragenden Ruf erworben.

Die drei Mitgliedschaften im Sicherheitsrat unterstreichen auch die Bereitschaft Österreichs, Verantwortung die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu übernehmen. Österreich hat auch wiederholt in internationalen Konflikten vermittelt und zählt zu den traditionellen Truppenstellern für friedenserhaltende Missionen. In den Jahren zwischen 1971 und 1981 war mit Kurt Waldheim ein Österreicher Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Abgesehen von der Friedenserhaltung und Konfliktverhütung misst Österreich im UNO-Rahmen insbesondere dem Schutz der Menschenrechte, der nachhaltigen Entwicklung und Armutsverminderung, der Verbrechensbekämpfung sowie der Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen besondere Bedeutung bei. Österreich unterstützt die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. Weiters fördert Österreich eine umfassende Reform des UNO-Systems zur Anpassung an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

## Österreichische Prioritäten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Nach 1973/74 und 1991/92 ist Österreich 2009/10 zum dritten Mal nicht-ständiges Mitglied des Sicherheitsrates. Mit der Wahl in dieses oberste Gremium wurde Österreich von der internationalen Gemeinschaft beauftragt, zur Wahrung des globalen Friedens beizutragen. Es entspricht dem Selbstverständnis der österreichischen Außenpolitik,

diesem Auftrag in offener und transparenter Weise nachzukommen. Im November 2009 wird Österreich den Vorsitz des Sicherheitsrates übernehmen.

Österreich bemüht sich im Sicherheitsrat, seiner traditionellen Rolle als Vermittler in ausgeglichener und unparteiischer Weise nachzukommen. Österreich arbeitet für politische Lösungen auf Grundlage der Herrschaft des Rechts und besonderer Berücksichtigung der Wahrung der Menschenrechte. Ein besonderes Augenmerk schenkt Österreich den Interessen kleiner und mittlerer Staaten.

Österreich unterstützt eine umfassende Förderung des Friedens, die über kurzfristige Krisenintervention hinaus gehen. Entsprechende Maßnahmen nach Konflikten fördern eine nachhaltige Entwicklung, eine starke Zivilgesellschaft und eine gute Regierungsführung, um ein erneutes Aufflammen von Konflikten zu verhindern. Österreich setzt sich dafür ein, dass der Sicherheitsrat derartige Aufgaben verstärkt bei der Mandatierung von friedenserhaltenden Operationen berücksichtigt.

Im Zuge seiner Mitgliedschaft verfolgt Österreich die folgenden Prioritäten:

- Stärkung der Herrschaft des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit,
- Berücksichtigung der Rolle von Frauen in und nach Konflikten
- Schutz von Kindern und der Zivilbevölkerung in Konfliktsituationen
- Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen

## Österreich und friedenserhaltende Operationen

Seit einem knappen halben Jahrhundert ist Österreich für seine engagierte Teilnahme an friedenserhaltenden Operationen bekannt. Seit 1960 sind mehr als 70.000 österreichische Sicherheitskräfte in über 50 friedenserhaltenden Operationen zum Einsatz gekommen, unter anderem am Balkan, auf Zypern und den Golan-Höhen, im Kongo und im Tschad, in Afghanistan und Ost-Timor. Zurzeit tragen mehr als 1400 Österreicherinnen und Österreicher zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit im Rahmen von UNO-mandatierten Operationen rund um den Globus bei.

## Amtssitz der Vereinten Nationen in Wien

Aufbauend auf einer langen Tradition als Gastgeber für internationaler Treffen zur Förderung von Frieden und Dialog zwischen Kulturen und Religionen ist Österreich besonders stolz, seit 1979 einen der Hauptsitze der Vereinten Nationen zu beherbergen.

Im Internationalen Zentrum Wien (VIC), welches heuer seinen dreißigsten Geburtstag feiert, haben unter anderem das Büro der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) und die Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO PrepCom) ihren Sitz.

Überdies beherbergt Wien zahlreiche andere Organisationen, insbesondere die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Wien zählt zu den Städten mit der höchsten Lebensqualität weltweit und schafft so für die insgesamt mehr als 5000 Bediensteten der internationalen Organisationen aus über hundert Ländern ein ansprechendes Arbeitsumfeld. Zusätzlich richtet Wien jedes Jahr eine große Anzahl internationaler Konferenzen aus und zählt damit zu den führenden Tagungsorten der Welt.

Weitere Informationen:

### **Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten**

Abteilung für Presse und Information

Tel. (+43-50) 1150-3262

Email: [abti3@bmeia.gv.at](mailto:abti3@bmeia.gv.at)

Internet: <http://www.bmeia.gv.at/>



## Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)

# Verbot und Verhütung nuklearer Explosionen

### Ziel

Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) verbietet Nukleartests auf dem ganzen Planeten – auf der Erdoberfläche, in der Atmosphäre, Unterwasser und unterirdisch.

### Warum

Um die Entwicklung von Nuklearwaffen aufzuhalten: sowohl die Erstentwicklung von Nuklearwaffen, als auch ihre substanzielle Verbesserung (H-Bombe) machen Nukleartests erforderlich. Der CTBT macht es für Länder, die noch über keine Nuklearwaffen verfügen, fast unmöglich, solche zu entwickeln. Er macht es auch für Länder, die bereits im Besitz dieser Waffen sind, unmöglich, neuere oder weiterentwickelte Waffen herzustellen. Er hilft dabei, Schäden vorzubeugen, die bei Nukleartests für Mensch und Umwelt entstehen.

### Geschichte

Zwischen 1945 und 1996, als der CTBT zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, fanden über 2000 Atomtests statt, die von den Vereinigten Staaten (mehr als 1000), der Sowjetunion (700), Frankreich (mehr als 200), Vereintes Königreich Großbritannien und Nordirland (45) und China (45) durchgeführt wurden. Drei Staaten haben das faktische Moratorium gebrochen und testeten ab 1996 Atomwaffen: Indien und Pakistan im Jahr 1998 und die Demokratische Volksrepublik Korea im Jahr 2006. Es wurde während des Kalten Krieges immer wieder versucht, einen umfassenden Teststopp auszuhandeln, aber erst in den neunziger Jahren wurde der Vertrag Wirklichkeit. Der CTBT wurde in Genf zwischen 1994 und 1996 ausgehandelt.

### Der Vertrag ist noch nicht in Kraft

Alle 44 Staaten, die gesondert im Vertrag angeführt sind – also diejenigen, die über Nukleartechnologie zum Zeitpunkt der letzten Vertragsverhandlungen im Jahr 1996 verfügten – müssen den CTBT unterzeichnen und ratifizieren, bevor er in Kraft treten kann. Von diesen Ländern fehlen immer noch neun Ratifizierungen: Ägypten, China, die Demokratische Volksrepublik Korea, Indien, Indonesien, der Iran, Israel, Pakistan und die Vereinigten Staaten. Indien, die Demokratische Volksrepublik Korea und Pakistan müssen den CTBT auch noch unterzeichnen. 180 Staaten haben den Vertrag unterzeichnet, wovon 148 ratifiziert haben (Stand: Mai 2009), einschließlich drei der Atomwaffenstaaten: Frankreich, die Russische Föderation und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland.

### Die Vertragsorganisation

Da der Vertrag noch nicht in Kraft getreten ist, nennt man die Organisation Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, kurz CTBTO. Sie wurde im Jahr 1996 gegründet, und hat heute um die 260 Mitarbeiter, die aus 80 der 180 Vertragsstaaten kommen. Geleitet wird sie vom Ungarn Tibor Tóth, dem Exekutivsekretär der Organisation. Hauptaufgaben der CTBTO sind die Förderung des Vertrages und der Aufbau des Verifikationsregimes, das, sobald der Vertrag in Kraft tritt, einsatzbereit sein soll. Das Budget der Organisation liegt bei ungefähr 117 Millionen US-Dollar bzw. 86 Millionen Euro.

## Das Verifikationsregime

Der Kern des einzigartigen und flächendeckenden Verifikationsregimes ist das internationale Überwachungssystem (IMS). Wenn der Vertrag in Kraft treten wird, wird es aus weltweit 337 Anlagen bestehen, die fortlaufend den Erdball nach Anzeichen für eine Nuklearexplosion überwachen. Ungefähr 70 Prozent dieser Anlagen senden bereits ihre Daten an das Internationale Datenzentrum im Wiener Hauptquartier.

IMS wendet vier Analysetechnologien an, die auf dem neuesten Stand der Technik sind:

**Seismisch:** 50 Primär- und 120 Hilfsstationen überprüfen Schockwellen in der Erde. Die große Mehrheit dieser Schockwellen – viele Tausend jedes Jahr – werden durch Erdbeben verursacht. Von Menschen verursachte Explosionen, etwa Bergwerkssprengungen oder der Atomtest, der von der Demokratischen Volksrepublik Korea im Jahr 2006 angekündigt wurde, werden ebenso registriert.

**Hydroakustisch:** 11 Hydrophonstationen „lauschen“ akustischen Schwingungen in den Ozeanen. Akustische Schwingungen von Explosionen haben Unterwasser eine sehr große Reichweite.

**Infraschall:** 60 Stationen auf der Erdoberfläche sind in der Lage, Akustikschwingungen (unhörbar für das menschliche Ohr) mit extrem niedriger Frequenz aufzuspüren, die bei großen Explosionen entstehen.

**Radionuklid:** 80 Stationen prüfen die Atmosphäre auf radioaktive Partikel, 40 davon spüren auch Edelgase auf. Nur diese Instrumente können einen klaren Hinweis darauf geben, ob es sich bei einer Explosion, die durch die anderen Messmethoden registriert wurde, um eine nukleare gehandelt hat. Diese Stationen werden von 16 radionuklidischen Laboratorien unterstützt.

## Inspektionen vor Ort

Wenn die Daten der IMS-Stationen einen Atomtest aufzeigen, kann ein Mitgliedstaat den Antrag auf Inspektion vor Ort stellen, die Beweise für eine endgültige Beurteilung sammelt, ob eine atomare Explosion – also eine Vertragsverletzung – wirklich stattgefunden hat. Diese Möglichkeit besteht allerdings erst, wenn der CTBT in Kraft getreten ist. Eine großangelegte Inspektionsübung wurde im September 2008 in Kasachstan durchgeführt.

## Zivile und wissenschaftliche Anwendungen

Die IMS-Daten werden den Mitgliedstaaten des CTBT und anderen internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt. Sie werden auch in anderen Anwendungen als der Untersuchung des Testverbotes benutzt, wie etwa der Tsunami-Frühwarnung – indem aktuellste Daten bereitgestellt werden –, der Erforschung des Erdkerns, der Meere und des Klimawandels sowie bei der Überwachung von Erdbeben und Vulkanen.

Weitere Informationen:

Presseanfragen:

**Annika Thunborg**

Sprecherin, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit

Vorbereitungskommission für die CTBTO

Internationales Zentrum Wien

Postfach 1200, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26030-6375

Mobil: (+43-699) 1459-6375

Email: [annika.thunborg@ctbto.org](mailto:annika.thunborg@ctbto.org)

Informationsmaterial:

**Christian Evertz**

Vorbereitungskommission für die CTBTO

Internationales Zentrum Wien

Postfach 1200, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26030-6108

Mobil: (+43-664) 512 9409

Email: [christian.evertz@ctbto.org](mailto:christian.evertz@ctbto.org)

Besuchen Sie [www.ctbto.org](http://www.ctbto.org) – Ihre Ressource für den Atomteststop!



# 2009



**IAEA**  
International Atomic Energy Agency



30  
years  
vienna  
international  
centre

## Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) **Für die friedliche Nutzung der Atomenergie**

*„Ziel der Organisation ist es, in der ganzen Welt den Beitrag der Atomenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand zu beschleunigen und zu steigern. Die Organisation sorgt im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür, dass die von ihr oder auf ihr Ersuchen oder unter ihrer Überwachung oder Kontrolle geleistete Hilfe nicht zur Förderung militärischer Zwecke benützt wird.“ (Satzung der IAEO)*

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) ist das weltweit führende Forum für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kerntechnik. 1957 als unabhängige Organisation innerhalb der Vereinten Nationen gegründet, verkörpert die IAEO die Realisierung der visionären Rede „Atome für den Frieden“ des US-amerikanischen Präsidenten Eisenhower 1953 vor der UNO-Generalversammlung. Er schlug die Schaffung einer internationalen Instanz vor, die die Verwendung von Kernenergie sowohl kontrollieren als auch fördern sollte.

Im Jahr 2005 erhielten die IAEO und ihr Generaldirektor, Mohamed ElBaradei, den Friedensnobelpreis „für ihre Bemühungen, die Nutzung der Atomenergie für militärische Zwecke zu verhindern und die friedliche Nutzung so sicher wie möglich zu gestalten“. Die IAEO bietet ihren 146 Mitgliedstaaten (Stand: Februar 2009) ein weites Spektrum an Diensten und Aktivitäten.

Das Sekretariat der IAEO besteht aus 2 200 Mitarbeitern aus über 90 Ländern. Sie haben einen Hintergrund in Wissenschaft, Technik, Management und anderen Fachbereichen.

### Sicherheitsmaßnahmen

Die IAEO verwirklicht ein System der Sicherheitsabkommen, um bei der Verhinderung einer weltweiten Verbreitung von Kernwaffen mitzuhelfen. Diese Sicherheitsmaßnahmen bestehen aus einer Reihe von Aktivitäten, durch welche die IAEO sich bemüht zu überprüfen, dass Staaten ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen, Kernprogramme nicht für Kernwaffenzwecke einzusetzen. Heute haben 160 Staaten ein Sicherheitsabkommen mit der IAEO, und haben somit ihr nukleares Material, Einrichtungen und Aktivitäten der Untersuchung durch IAEO-Inspektoren unterworfen. Die Überprüfung durch die IAEO wird durch ein Zusatzprotokoll zum Sicherheitsabkommen des jeweiligen Landes weiter verstärkt. Ein solches Protokoll verpflichtet Staaten, der IAEO umfassendere Informationen zu allen Bereichen ihrer auf den Kernbrennstoffkreislauf bezogenen Tätigkeiten zu liefern. Sie müssen der IAEO auch erweiterte Zugangsrechte gewähren und ihr den Einsatz modernster Prüftechnologien ermöglichen. Die Sicherheitsmaßnahmen werden routinemäßig in mehr als 900 Anlagen, einschließlich Kernkraftwerken, Forschungsreaktoren, Brennstoffanlagen und -lagern durchgeführt.

### Kerntechnik für Entwicklung

Die IAEO unterstützt außerdem den Beitrag der nuklearen Wissenschaft und Technik bei der Bewältigung weltweiter dringlicher Probleme: Hunger, Krankheiten, den Umgang mit natürlichen Ressourcen, Umweltverschmutzung, Energiegewinnung und Klimawandel. Die IAEO ermöglicht, durch Projekte im Bereich der Forschung und technischen Zusammenarbeit, die Weitergabe von nuklearer Technik für medizinische, landwirtschaftliche, industrielle, wasserwirtschaftliche und andere Anwendungen an die Mitgliedstaaten. Dies trägt zu den Zielen nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz bei. Schulungen und Forschung finden sowohl in den wissenschaftlichen Labors der IAEO, als auch überall auf der Welt mit ihrer Unterstützung statt.

Ein anderer Arbeitsbereich der IAEO befasst sich mit der Kernkraft, einschließlich ihrer Sicherheit und Abfallentsorgung, sowie mit der Sicherstellung, dass Länder, die die Atomenergie in Betracht ziehen, über das nötige Fachwissen verfügen. Ein Atomenergieprogramm ist eine weitreichende Verpflichtung, die sorgfältige Planung, Vorbereitung und Investitionen verlangt. Es bedarf einer nachhaltigen Infrastruktur, die eine entsprechende gesetzliche, regulatorische, technische, industrielle und menschliche Unterstützung bietet, um sicherzustellen, dass das gesamte nukleare Material nur für friedliche Zwecke und in einer geschützten und sicheren Umgebung eingesetzt wird.

## Nukleare Sicherheit und Sicherung

Die Zukunft der Kernenergie hängt von ihrer konsequent nachgewiesenen Sicherheit in allen Anwendungen ab. Das Kernsicherheitsprogramm der IAEO bietet Standards für kerntechnische Anlagen und Strahlenquellen, den Transport von radioaktivem Material sowie die Entsorgung von radioaktivem Abfall. Obwohl die IAEO keine internationale Genehmigungsbehörde ist, werden ihre Sicherheitsempfehlungen von vielen Ländern als Grundlage für innerstaatliche Normen und Vorschriften verwendet. Sie enthalten Richtlinien für die Standortwahl, Errichtung und den Betrieb von Kernkraftwerken. Die IAEO bietet auf Ersuchen auch Sicherheitsanalysen an, einschließlich Inspektionen vor Ort in Kernkraftwerken durch internationale Expertenteams.

Die IAEO hilft den Mitgliedstaaten, um für die Bekämpfung der Risiken des nuklearen Terrorismus besser vorbereitet zu sein. Zu den Hauptprioritäten des IAEO-Fonds für nukleare Sicherung zählen die Verbesserung der nuklearen Sicherung durch ausreichenden physischen Schutz und geeignete Aufsichtskontrollen; wirksames Verbot des illegalen Handels mit nuklearem und radioaktivem Material; Integrierung von nuklearen Sicherheits- und Sicherungssystemen; sowie die Bereitschaft zur Umsetzung von Notfallplänen.

Weitere Informationen:

### **Internationale Atomenergie-Organisation**

Internationales Zentrum Wien

Postfach 100, 1400 Wien, Österreich

Telefon (Zentrale): (+43-1) 2600-0

Fax: (+43-1) 2600-7

Allgemeine und Presseanfragen: (+43-1) 2600-21273

Email: [info@iaea.org](mailto:info@iaea.org), [press@iaea.org](mailto:press@iaea.org)

Internet: <http://www.iaea.org>



Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

## Den Kräften des Fortschritts eine Plattform geben

### Was ist die UNIDO?

Die UNIDO wurde im Jahr 1966 gegründet und erhielt 1985 den Status einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Ihr Hauptziel ist die Förderung der industriellen Entwicklung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Die UNIDO fördert ebenso die Zusammenarbeit auf globaler, regionaler, nationaler und sektoraler Ebene.

Die UNIDO arbeitet für die Verbesserung der Lebensqualität der Ärmsten der Welt, indem sie ihre weltweiten Ressourcen und Expertise in den folgenden drei miteinander verknüpften Bereichen heranzieht:

**Verringerung der Armut** durch Produktionstätigkeit, durch Förderung des Industriewachstums, Konzentration auf Arbeitsplatz- und Einkommensbeschaffung, sowie den institutionellen Aufbau von Kapazitäten und der Entwicklung von Klein- und Kleinstunternehmen.

**Aufbau von Handelskapazitäten** durch die Unterstützung von Ländern bei der Entwicklung von Produktions- und handelsbezogenen Kapazitäten, einschließlich der Fähigkeit, die Standards internationaler Märkte für eine erfolgreiche Teilnahme am Welthandel zu erfüllen.

**Energie und Umwelt** durch die Konzentration auf und Förderung von erneuerbaren Energienquellen und Unterstützung von Programmen, die die Energieeffizienz der Industrie steigern. Ebenso werden andere Aktivitäten gefördert, die die nachhaltige Industrieentwicklung und die Umsetzung internationaler Umweltabkommen fördern.

### Wie arbeitet die UNIDO?

Die UNIDO beschäftigt an ihrem Hauptsitz und in regionalen Büros und Vertretungen ungefähr 650 Mitarbeiter. Der Generaldirektor der Organisation, Kandeh K. Yumkella aus Sierra Leone ist seit Dezember 2005 im Amt.

Die UNIDO verfügt über drei Entscheidungsorgane: die Generalkonferenz, den Rat für industrielle Entwicklung und den Programm- und Haushaltsausschuss.

Die 173 Mitgliedstaaten der UNIDO versammeln sich alle zwei Jahre bei der Generalkonferenz, dem obersten Entscheidungsgremium der Organisation. Die Konferenz bestimmt die Richtlinien, bewilligt den Haushalt und das Arbeitsprogramm der UNIDO und beruft den Generaldirektor. Die Konferenz wählt auch die Vertreter in den Rat für Industrielle Entwicklung und den Programm- und Haushaltsausschuss.

Der Rat für industrielle Entwicklung hat 53 Mitglieder und überwacht die Umsetzung des Arbeitsprogramms sowie den regulären und operativen Haushalt. Er macht der Generalkonferenz auch Vorschläge zu strategischen Angelegenheiten, darunter über die Ernennung des Generaldirektors. Der Rat tritt in den Jahren, in denen die Generalkonferenz tagt, einmal zusammen, ansonsten zweimal.

Der Programm- und Haushaltsausschuss, der aus 27 Mitgliedern besteht, ist ein Nebenorgan des Rates. Er tritt einmal jährlich zusammen und unterstützt den Rat bei der Prüfung des Arbeitsprogramms, des Haushalts und anderer finanzieller Belange.

## UNIDO weltweit

Die UNIDO unterhält ein Netzwerk von Regional- und Länderbüros auf der ganzen Welt, von denen viele mehr als ein Land abdecken. Zusätzlich haben mehrere Bereichsstellen der UNIDO seit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) im Jahr 2004 die Arbeit aufgenommen.

Ein Netzwerk von Investitions- und Technologieförderungsbüros und -einheiten fördert in verschiedenen Ländern den Investitions- und Technologietransfer in Entwicklungs- und Transformationsländer.

Hinzu kommen mehrere nationale Zentren bzw. Programme für saubere Produktion, die von der UNIDO und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) aufgebaut wurden. Außerdem gibt es eine wachsende Zahl internationaler Technologiezentren, die von der UNIDO in verschiedenen Ländern eingerichtet wurden.

Die UNIDO unterhält auch Büros in Brüssel, Genf und New York.

## Haushalt

Der geschätzte Gesamthaushalt für operative Tätigkeiten der UNIDO für das Biennium 2008/2009 beträgt 382 Millionen Euro.

Weitere Informationen:

### **Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)**

Internationales Zentrum Wien  
Postfach 300, 1400 Wien, Österreich  
Telefon: (+43-1) 26026-0  
Telefax: (+43-1) 269-2669  
Email: [unido@unido.org](mailto:unido@unido.org)  
Internet: <http://www.unido.org>

# 2009



**UNODC**  
United Nations Office on Drugs and Crime



30  
years  
vienna  
international  
centre

## Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) **Garant für Sicherheit und Gerechtigkeit für alle**

Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) hat den Auftrag, die Mitgliedstaaten bei der Vorbeugung gegen illegale Drogen, Verbrechen und Terrorismus zu unterstützen. UNODC hilft den Mitgliedstaaten vom Hauptquartier im Internationalen Zentrum Wien aus sowie durch ein Netzwerk von weltweiten Außenstellen ihre Anfälligkeit für Drogen und Kriminalität zu verringern und Sicherheit und Gerechtigkeit für alle zu fördern.

UNODC versucht, die Staaten bei der Umsetzung von normativen Instrumenten, die zur Drogen- und Verbrechenskontrolle entwickelt wurden, zu unterstützen. Darüber hinaus werden Forschungen durchgeführt, um beweisgestützte Strategien zu ermöglichen, sowie technische Unterstützung angeboten, um den Staaten bei Gegenmaßnahmen gegen Drogen, Verbrechen und Terrorismus zu helfen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen bestehen aus drei Drogenkontrollverträgen, dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität mit ihren Zusatzprotokollen bezüglich der Schleusung von Migranten, Menschenhandel und der Kontrolle von Schusswaffen. Darüber hinaus gibt es 16 internationale Instrumente zur Terrorismusbekämpfung.

Durch die Forschungsarbeit von UNODC werden der Welt ausführliche Informationen zu den Themen Drogen und Kriminalität zur Verfügung gestellt. Die Flaggschiffpublikation des Büros, der Weltrogenbericht, sowie Studien zum Koka- und Opiumanbau zählen zum Maßstab in ihrem Bereich. Regierungen, Medien und sogar Geheimdienste beziehen sich auf diese Informationen für zuverlässige Daten und Analysen über Drogen. Andere Berichte legen den Schwerpunkt auf regionale Herausforderungen – wie die Situation von Drogen, Verbrechen und Sicherheit auf dem Balkan, der Karibik, Zentralamerika und Westafrika – oder einschlägige Themen wie Menschenhandel. Angeschlossen an das Büro ist auch ein Labor für forensische Untersuchungen und die Ausbildung von Drogenexperten aus der ganzen Welt.

Das Büro stellt seine breitgefächerte Expertise den Mitgliedstaaten zur Verfügung, um auf ihren Bedarf im Bereich der Drogenkontrolle und Kriminalitätsbekämpfung einzugehen. Diese Anstrengungen reichen von Maßnahmen gegen Geldwäsche, Reformen im Strafrecht, Korruptionsbekämpfung, Terrorismusvorbeugung, Vorbeugung von Drogenabhängigkeit und Möglichkeiten der Behandlung von Drogensucht. UNODC hat eine breite Auswahl an speziellen Instrumentarien, Handbüchern und auch Softwareprodukten entwickelt, um sie den Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen und Experten auszubilden.

UNODC passt sich neuen Tendenzen in der Kriminalität unverzüglich an, um den Staaten bei der Bewältigung neuer Herausforderungen wie Cyber-Kriminalität, Identitätsbetrug, Umweltverbrechen und Piraterie zu helfen.

Drogen und Kriminalität sind keineswegs nur nationale Probleme. Sie haben Auswirkungen vor Ort, weisen aber auch transnationale Merkmale auf. Deshalb arbeitet das Büro mit Städten zusammen, um sicherzustellen, dass effektive Programme zur Verbrechensbekämpfung und Entzugseinrichtungen vorhanden sind. Es unterstützt die regionale Zusammenarbeit, um die Bedrohung durch Drogen und Kriminalität einzudämmen. UNODC leitete beispielsweise die Gründung des Zentrums für Informationsaustausch zur Drogenbekämpfung in Zentralasien ein.

Des Weiteren wurden regionale Strategien zur Bekämpfung von Drogen und Kriminalität in der Karibik, in Zentralamerika und Westafrika entwickelt und die Initiative des Pariser Paktes gegen den Handel und Konsum afghanischer Opiate ausgearbeitet.

Das Büro geht die Drogen- und Kriminalitätsproblematik in breiterem Rahmen an. Es fördert die Entwicklung in Regionen, die anfällig für illegalen Drogenanbau sind oder ins Kreuzfeuer des Drogenhandels geraten sind. Es fördert die Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, um sicherzustellen, dass Verbrechenskontrolle auf Gerechtigkeit und dem Respekt vor Menschenrechten basiert.

Bei den Bemühungen im Bereich der Drogenkontrolle steht die Gesundheit im Zentrum von UNODC: die Förderung der Abstinenz, Prävention, Früherkennung und Behandlungsmaßnahmen sowie die Verminderung der Schäden, die Drogen bei Einzelpersonen und ganzen Gesellschaften anrichten, darunter auch die Ausbreitung von HIV/Aids durch Drogeninjektionen.

UNODC fördert auf Gemeinschaftsebene das Anliegen der Problematiken, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen, wie Korruption, Menschenhandel oder Drogenmissbrauch, und steht mit der Zivilgesellschaft, den Medien, dem Privatsektor und der Unterhaltungsindustrie in Kontakt, um die Wirkung seiner Arbeit zu vergrößern.

Antonio Maria Costa ist der Exekutivdirektor von UNODC. 448 Mitarbeiter des Büros arbeiten im Internationalen Zentrum Wien.

Als relativ kleines Büro mit großem Mandat steht UNODC in enger Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen: mit der Weltbank für die Initiative zur Wiedererlangung gestohlener Vermögenswerte (StAR); mit der Weltgesundheitsorganisation für die Ausweitung der Einrichtungen zur Drogenbehandlung; mit den Entwicklungsbanken zur Verringerung der sozioökonomischen Verwundbarkeit gegenüber Drogen und Kriminalität; und mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze zur Verminderung der Bedrohung durch das organisierte Verbrechen in Post-Konflikt-Situationen.

Auf diesem Weg trägt UNODC zu einer sichereren und gesünderen Welt bei, in der es Sicherheit und Gerechtigkeit für alle gibt.

Weitere Informationen:

**Walter Kemp**

Sprecher und Redenschreiber

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Internationales Zentrum Wien

Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-5629

Mobiltelefon: (+43-699) 1459-5629

Email: [walter.kemp@unodc.org](mailto:walter.kemp@unodc.org)

Internet: <http://www.unodc.org>



## Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD) **Im Einsatz für das Donaubecken und seine Menschen**

### Das Donaubecken – das internationalste Flußbecken der Welt

Das Donaubecken ist das Einzugsgebiet des zweitlängsten Flusses Europas. Es erstreckt sich über 817.000 km<sup>2</sup> in 19 Ländern und stellt somit das internationalste Flussbecken der Welt dar. Das Donaubecken verläuft vom Schwarzwald in Deutschland bis zum Schwarzen Meer und bildet die Heimat von über 82 Millionen Menschen unterschiedlicher Kultur, Sprache und Geschichte.

Flüsse kennen keine politischen Grenzen. Ihre Probleme sind nur durch eine gemeinsame grenzüberschreitende Zusammenarbeit aller beteiligten Staaten zu lösen.

Das Donauschutzübereinkommen, das im Jahr 1998 in Kraft trat, bildet die gesetzliche Basis für die gemeinsame Anstrengung zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Oberflächengewässer und deren ökologischer Ressourcen. Zu den Vertragsstaaten des Donauschutzübereinkommens zählen neben der Europäischen Union Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Kroatien, Montenegro, Österreich, Republik Moldau, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, die Ukraine und Ungarn.

### IKSD – Teil der Lösung

Zur Umsetzung des Donauschutzübereinkommens wurde die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD) gegründet. Die IKSD hat sich mittlerweile zu einer der größten und aktivsten Einrichtungen für Flußbeckenmanagement entwickelt. Ihre ehrgeizige Aufgabe ist die Förderung und Koordinierung eines nachhaltigen und fairen Managements der Ressource Wasser. Dies umfasst sowohl den Schutz als auch die Verbesserung sowie den rationalen Gebrauch von Gewässern zum Nutzen der Länder des Donaubeckens und seiner Menschen.

Die Kommission erarbeitet Vorschläge zur Verbesserung der Wasserqualität, entwickelt Strategien zur Hochwasservorsorge und zur Kontrolle von Verunreinigungen, setzt Normen für Emissionswerte fest und sichert deren Einhaltung durch die Vertragsstaaten.

Die Kommission setzt sich aus den nationalen Delegationen der Vertragsstaaten – Vertreter der höchsten ministeriellen Ebene, technische Experten sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft – zusammen.

Weitere Informationen:

Jasmine **Bachmann**

ICPDR-Sekretariat

Internationales Zentrum Wien

Büro D415, Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-4373

Telefax: (+43-1) 26060-5895

Email: [jasmine.bachmann@unvienna.org](mailto:jasmine.bachmann@unvienna.org)

Internet: <http://www.icpdr.org>







## Internationaler Suchtstoffkontrollrat (INCB)

# Überwachung der Umsetzung von Drogenkontrollübereinkommen

Der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB) ist eine unabhängige, quasi-gerichtliche Expertenkommission die durch das Einheitsübereinkommen von 1961 über Suchtstoffe gegründet wurde, bei dem zwei Gremien zusammengeführt wurden: Der Ständige Suchtstoff-Zentralausschuss, der im Jahr 1925 im Rahmen des Internationalen Opiumabkommens gegründet wurde, und das Drogenaufsichtsorgan, das mit dem Abkommen von 1931 zur Beschränkung der Herstellung und zur Regelung der Verteilung der Betäubungsmittel geschaffen wurde.

Der INCB hat 13 Mitglieder, die vom Wirtschafts- und Sozialrat für fünf Jahre gewählt werden. Mitglieder des INCB dürfen wiedergewählt werden. Zehn der Mitglieder werden aus einer Liste von Personen gewählt, die von Regierungen nominiert wurden. Die restlichen drei Kandidaten werden von einer Personenliste gewählt, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgrund ihrer medizinischen, pharmakologischen und pharmazeutischen Erfahrung nominiert wurden. Die Mitglieder des Rates sollen Personen sein, die aus ihrer Erfahrung, Kompetenz und Unvoreingenommenheit heraus allgemeines Vertrauen genießen. Ab dem Zeitpunkt ihrer Wahl arbeiten die Mitglieder des INCB in unparteiischer Eigenverantwortung und unabhängig von ihren Regierungen.

## Das Mandat

Das Mandat des INCB ist die Einhaltung der Bestimmungen der internationalen Drogenkontrollübereinkommen durch Regierungen fördern.

Folgende Drogenkontrollübereinkommen sind gegenwärtig in Kraft:

- Einheitsübereinkommen von 1961 über Suchtstoffe ergänzt durch das Protokoll von 1972
- Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe
- Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen

Diese drei Übereinkommen sollen einen sicheren Umgang mit potenziell gefährlichen, psychoaktiven Substanzen sicherstellen und jenem Medikamentenkonsum vorbeugen, der keinen medizinischen Nutzen hat. Sie anerkennen, dass solche Substanzen oftmals legitimen wissenschaftlichen und medizinischen Verwendungszweck haben, der geschützt werden muss. Allerdings verursacht der Missbrauch solcher Substanzen Gesundheitsprobleme sowie soziale und wirtschaftliche Probleme.

Etwa 250 Substanzen sind unter der Kontrolle der Übereinkommen. Diese listen die Substanzen in verschiedenen Verzeichnissen mit je eigenen Kontrollgraden auf, die vom therapeutischen Nutzen der Substanzen und dem Missbrauchsrisiko abhängen, einschließlich der Abzweigung für illegale Zwecke.

## Aktivitäten

### Analyse von Regierungsberichten

Gegenwärtig gibt es mehr als 180 Vertragsstaaten der Übereinkommen. Sie liefern dem INCB Schätzungen, Bewertungen und Statistiken über die aktuelle Herstellung, den internationalen Handel und den Konsum von international kontrollierten Substanzen. Der INCB analysiert die Daten, um zu sehen, ob Arzneimittel bei den Hauptstufen

von Produktion, Verarbeitung und Handel ausgewiesen werden. Falls es Unstimmigkeiten gibt, wird diesen nachgegangen und die Ursachen werden geklärt. Der INCB überwacht auch Regierungskontrollen bezüglich Chemikalien, die für die illegale Herstellung von Drogen Verwendung finden, und arbeitet mit Regierungen zusammen, um die Abzweigung solcher Chemikalien in illegale Kanäle zu unterbinden.

### Auswertung und Unterstützung nationaler Bemühungen

Bei der Untersuchung und Analyse der Informationen, die der INCB von mehr als 200 Ländern und Gebieten erhält, wird auch beobachtet, ob die Übereinkommen effektiv auf der ganzen Welt umgesetzt werden. Durch seine kontinuierlichen Auswertungen der nationalen Anstrengungen ist der INCB im Stande, Empfehlungen zu geben und Anpassungen internationaler und nationaler Drogenkontrollregime vorzuschlagen. Gegebenenfalls empfiehlt der Rat relevanten Organen der UNO, Sonderorganisationen und Regierungen die Bereitstellung technischer und finanzieller Hilfe, um Regierungen bei ihren Bemühungen, den Vertragsbestimmungen nachzukommen, zu unterstützen.

### Dialog mit Regierungen

Um die Ziele der Übereinkommen zu fördern, unterhält der INCB einen fortlaufenden Austausch mit den Regierungen. Wenn eines dieser Ziele von einem Land gefährdet wird, kann der INCB Abhilfemaßnahmen empfehlen oder, als letzte Möglichkeit, Sanktionen gegen das vertragsbrüchige Land vorschlagen. Der INCB tritt mit den Regierungen durch regelmäßige Konsultationen und Sondermissionen in Verbindung. Solch „stille Diplomatie“ hat in verschiedenen Ländern zu einer Stärkung der Gesetzgebung geführt, die die Notwendigkeit der Koordination nationaler Drogenkontrollmaßnahmen anerkannt haben.

### Ausbildung von Regierungsbeamten

Um die Funktionsfähigkeit der nationalen Drogenkontrollverwaltung zu verbessern, führt das INCB-Sekretariat Trainingsprogramme für staatliche Drogenkontrolleure durch. Die Ausbildungsinhalte konzentrieren sich auf die Einhaltung von Vertragspflichten, vor allem auf jene, die sich auf die Zusammenarbeit zwischen dem INCB und den Vertragsstaaten der Übereinkommen beziehen. Nationale Verwaltungen können Beamte zur Weiterbildung zum INCB-Sekretariat schicken. Je nach finanziellen Mitteln werden regionale Ausbildungsseminare in enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) oder anderen zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere der WHO, organisiert.

## Jahresbericht

Der INCB veröffentlicht Jahresberichte über seine Arbeit. Diese liefern einen umfassenden Bericht über die weltweite Drogensituation, analysieren Tendenzen in Bezug auf Drogenmissbrauch und Drogenhandel und empfehlen notwendige Gegenmaßnahmen. Jeder Jahresbericht wird durch technische Berichte über Rauschgifte, psychotropische Substanzen und Vorläufersubstanzen ergänzt. Diese technischen Berichte liefern detaillierte Einschätzungen für den legitimen jährlichen Bedarf in jedem Land, sowie Daten zur gesetzmäßigen Herstellung, Verarbeitung und den Konsum von Arzneimitteln und Vorläufersubstanzen sowie ihren weltweiten Handel. Die Berichte werden dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen durch die Suchtstoffkommission vorgelegt.

Weitere Informationen:

### **Internationaler Suchtstoffkontrollrat (INCB)**

Internationales Zentrum Wien

Büro E-1339, Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-4163

Email: [secretariat@incb.org](mailto:secretariat@incb.org)

Für Medienanfragen: [media@incb.org](mailto:media@incb.org)

Internet: <http://www.incb.org>



Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)

# Regeln für den internationalen Handel setzen

## Hintergrund

Als sich der Welthandel in den sechziger Jahren erheblich ausweitete, erkannten nationale Regierungen die Notwendigkeit globaler Standards und Regeln für eine Harmonisierung und Modernisierung der weltweiten Sammlung nationaler und regionaler Verordnungen für den internationalen Handel. Man wandte sich an die Vereinten Nationen, die die Notwendigkeit sahen, eine aktivere Rolle bei der Beseitigung von Rechtshindernissen für den internationalen Handel zu spielen und im Jahr 1966 die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) gründeten. UNCITRAL ist seither zur wichtigsten juristischen Institution im UNO-System auf dem Gebiet des Handelsrechts geworden.

Viel von dem komplexen Netzwerk internationaler Regeln und Übereinkommen, die die heutigen Handelsvereinbarungen betreffen, wurden durch lange und gezielte, von UNCITRAL organisierten Konsultationen und Verhandlungen erreicht. Ihr Ziel ist es, Rechtshindernisse für den internationalen Handel abzubauen oder zu beseitigen und Handelsrechte stufenweise zu modernisieren und zu harmonisieren. Die Kommission versucht auch die Arbeit von Organisationen aktiv zu koordinieren und eine breitere Akzeptanz für die Anwendungen der Regeln und Rechtstexte, die sie entwickelt, zu fördern.

## Mitgliedschaft

Die Kommission besteht aus sechzig Mitgliedstaaten, die von der Generalversammlung für sechs Jahre gewählt werden. Die Mitgliedschaft ist so ausgerichtet, dass alle geografischen Regionen der Welt und deren hauptsächlichen Wirtschafts- und Rechtssysteme darin vertreten sind.

## Sekretariat

Das UNCITRAL-Sekretariat, das ursprünglich am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York angesiedelt war, wurde im September 1979 nach Wien transferiert. Mit seinen 21 Mitarbeitern unterstützt das Sekretariat UNCITRAL bei seiner Arbeit. Das Sekretariat führt eine Vielzahl von verschiedenen Aufgaben aus: Vorbereitung von Studien, Berichten und Entwurfstexten, juristische Recherchen, Entwurf und Überarbeitung von Arbeitspapieren und Gesetzgebungstexten, formale gesetzgebende Unterstützung für Staaten sowie das Erstellen von Publikationen.

## Arbeitsmethode

Texte für die Vereinfachung von Handelstransaktionen und die Verringerung von damit verbundenen Kosten werden von Arbeitsgruppen erarbeitet. Diese Arbeitsgruppen tagen ein- oder zweimal pro Jahr und setzen sich aus allen Mitgliedstaaten von UNCITRAL zusammen. Die Textentwürfe werden dann an die Kommission übergeben und bei deren Jahrestagung, die abwechselnd in New York oder Wien abgehalten wird, angenommen.

## Handelsrechtstexte

UNCITRAL erarbeitet verschiedene Arten von Texten für die Modernisierung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts. Diese Texte sind im Allgemeinen gesetzgebende Texte, wie Übereinkommen, Mustergesetze und Gesetzesrichtlinien, oder nicht-gesetzgebende Texte wie Vertragsregeln, die in Handelsverträge und Rechtshandbücher eingearbeitet werden.

- **Übereinkommen:** Abkommen zwischen Staaten, die Verpflichtungen schaffen und für die Staaten, die sie ratifizieren oder ihnen beitreten, bindend sind.
- **Mustergesetz:** eine Zusammenstellung von gesetzgebenden Musterbestimmungen, die Staaten durch eine gesetzliche Verfügung annehmen können.
- **Gesetzesrichtlinien:** ein Text, der Richtlinien für die Schaffung von Gesetzen beinhaltet, relevante Grundsatzthemen erörtert, auswählt und entsprechende gesetzgebende Lösungen empfiehlt.
- **Vertragliche Regelungen:** Standardklauseln oder -regelungen werden für die Verwendung in Handelsverträgen entworfen.
- **Rechtshandbuch:** ein Text, der Anleitungen für Vertragsentwürfe beinhaltet, relevante Themen erörtert und Lösungen für bestimmte Umstände empfiehlt.

## Technische Unterstützung

Eine der Prioritäten von UNCITRAL ist die technische Unterstützung für die Modernisierung von Handelsgesetzen und -praktiken. Zusätzlich zur Förderung der Verstehens von UNCITRAL-Texten und die Leistungen, die sie für die Ausweitung des internationalen Handels bringen, hilft UNCITRAL Staaten, Gesetze zu erarbeiten, die notwendig sind, diese gesetzgebenden Texte und Handelsrechtsammlungen umzusetzen, um die Anwendung von nicht-gesetzgebenden Regelungen, wie etwa der Beilegung von Rechtsstreitigkeiten, zu fördern.

## Fallrecht bei UNCITRAL-Texten (CLOUT)

CLOUT ist eine Sammlung von Gerichtsurteilen und Schiedssprüchen zur Interpretation von UNCITRAL-Texten. CLOUT beinhaltet Kurzfassungen (d.h. Berichte) in den sechs UNO-Amtssprachen, zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenverkauf (Wien 1980, CISG), dem UNCITRAL-Mustergesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit (1985, MAL), dem Mustergesetz über E-Commerce (1996, MLEC) sowie dem Mustergesetz über grenzüberschreitende Insolvenzen (1997, MLCBI). Weitere Texte werden als Fallrecht nach Verfügbarkeit hinzugefügt. Auf die CLOUT-Datenbank kann über die UNCITRAL Website zugegriffen werden: [http://www.uncitral.org/uncitral/en/case\\_law.html](http://www.uncitral.org/uncitral/en/case_law.html).

## Errungenschaften

Seit Bestehen hat UNCITRAL wichtige internationale Texte über den Verkauf von Waren, den Transport, die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten, Beschaffung und Infrastrukturentwicklung, internationale Zahlungen, E-Commerce und Insolvenzen fertiggestellt. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Transportgesetze, E-Commerce, Insolvenzgesetze, Sicherheitsbelange und öffentliche Beschaffung sind das Hauptaugenmerk der aktuellen Arbeit.

Weitere Informationen:

Jenny Clift

Senior Legal Officer, UNCITRAL-Sekretariat

Internationales Zentrum Wien

Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: +(43-1) 26060-4061

Email: [uncitral@uncitral.org](mailto:uncitral@uncitral.org)

Internet: <http://www.uncitral.org>



Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) Büro Wien  
 Interimssekretariat des Karpatenübereinkommens

## Schutz der Berge und UNEPs Tor nach Südosteuropa

### Hintergrund des UNEP und seines Büros in Wien

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) ist die Stimme für die Umwelt im UNO-System. Als Fürsprecher, Aufklärer und Vermittler fördert es die einsichtige Nutzung der auf dem Planeten verfügbaren Ressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Die Aufgabe des UNEP lautet „in der Sorge um die Umwelt Führung zur Verfügung zu stellen und Partnerschaft anzuregen, indem Länder und Menschen dazu inspiriert, informiert und befähigt werden, ihre eigene Lebensqualität zu verbessern ohne die Lebensqualität der zukünftigen Generationen zu gefährden.“

Das Wiener UNEP-Büro ist für Aktivitäten in Bezug auf Berge und die Internationale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung in Bergregionen (Bergpartnerschaft) sowie für die Koordinierung der Umsetzung von UNEP-Programmen in Südosteuropa zuständig. Als Teil des Regionalbüros für Europa unterstützt es die Zusammenarbeit mit Organisationen, die in Wien und der Region ansässig sind.

### Schutz der Karpaten und Unterstützung nachhaltiger regionaler Entwicklung

UNEP dient seit 2004 als Interimssekretariat des Rahmenübereinkommens über den Schutz und die nachhaltige Entwicklung der Karpaten – einer internationalen Übereinkunft zwischen Polen, Rumänien, Serbien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, der Ukraine und Ungarn. Seit Beginn des Karpaten-Prozesses wurde das Karpatenübereinkommen – sozusagen die jüngere Schwester des Übereinkommens zum Schutz der Alpen – durch Österreich und das österreichische Umweltministerium aktiv unterstützt. Die Umsetzung des Karpaten-Projekts sowie die Koordinierung der Entwicklung von Nachfolgeprojekten obliegt dem Wiener UNEP-Büro zusammen mit 19 Partnern in der Region.

### Die Bergpartnerschaft

Das UNEP Büro Wien fungiert als das globale Umweltreferenzzentrum der Bergpartnerschaft. Die Bergpartnerschaft ist ein freiwilliges Bündnis von Staaten, zwischenstaatlichen Organisationen, lokalen und regionalen Behörden, nichtstaatlichen Organisationen, dem privaten Sektor, akademischen Kreisen und Vertretern weiterer wichtiger Gruppen, die für die Verbesserung der Lebensgrundlagen in Gebirgslandschaften und ihren weltweiten Erhalt zusammenarbeiten.

### Kaukasus

UNEP fördert durch sein Wiener Büro gemeinsam mit dem Regionalen Umweltzentrum für den Kaukasus die Zusammenarbeit zur nachhaltigen Gebirgsentwicklung zwischen den Ländern der Kaukasusregion, darunter Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Iran (Islamische Republik), die Russische Föderation und die Türkei.

### Dinarisches Gebirge und Balkan

Das UNEP Büro Wien koordiniert die Umsetzung von UNEP-Programmen in folgenden vorrangigen Bereichen:

- Klimawandel
- Katastrophen und Konflikt
- Management des Ökosystems
- Ressourceneffizienz
- Gefahrenstoffe

Mit der Unterstützung von Italien fördert UNEP – insbesondere sein Wiener Büro – den Konsultationsprozess zwischen Ländern in Südosteuropa zur Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die nachhaltige Entwicklung im Dinarischen Gebirge und am Balkan unter Einbezug Albaniens, Bosnien-Herzegowinas, Bulgariens, der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, Griechenlands, Kroatiens, Montenegros und Serbiens. Darüber hinaus erstellt UNEP den Umweltausblick für das Dinarische Gebirge und den Balkan (DABEO).

## UNEPs Tor nach Südosteuropa

Durch die Umwelt und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) des UNEP, des UNO-Entwicklungsprogramms (UNDP), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), des Regionalen Umweltzentrums für Zentral- und Osteuropa (REC) und der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO), schuf das UNEP eine klare Perspektive und solide Basis für UNEP's Engagement mit der südosteuropäischen Region. Die ENVSEC-Initiative in Südosteuropa wird durch die österreichische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (ADA) unterstützt und legt den Schwerpunkt auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Bergschutzzonen und die Risikominderung bei Gefahrenherden der Umweltverschmutzung durch den Bergbau.

Das UNEP Büro Wien ist Partner eines Projekts in Bosnien-Herzegowina, das von Spanien mittels des Fonds für Millenniums-Entwicklungsziele (MDGF) finanziert wird. Das geplante gemeinsame Programm hat zum Ziel, die erheblichen Barrieren denen Umweltdienstleistungen und -management in Bosnien-Herzegowina auf lokaler Ebene gegenüberstehen anzugehen und zu überwinden.

Das UNEP Büro Wien ist Partner im Einheitlichen Landesprogramm der UNO in Albanien. Dieses Programm verbessert Entwicklungsergebnisse und Auswirkungen, indem die vergleichweisen Vorteile des UNO-Systems in einem einzelnen strategischen Programm zusammengebracht werden. UNEP leitet das Länderteam zu Umweltfolgen, darunter Investitionsförderung in saubere Technologien, Energieeinsparung und effiziente Nutzung von Naturressourcen.

Weitere Informationen:

**Maria Emilie Lichem**

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) – Regionalbüro für Europa – Büro Wien  
Interimssekretariat des Karpatenübereinkommens

UNEP Büro  
Internationales Zentrum Wien  
Postfach 500, 1400 Wien, Österreich  
Telefon: +(43-1) 26060-5338  
Telefax: + (43-1) 26060-7-5338  
Email: maria-emilie.lichem@unvienna.org

Websites:

[www.unep.org](http://www.unep.org)

[www.unep.ch](http://www.unep.ch)

[www.carpathianconvention.org](http://www.carpathianconvention.org)

[www.mountainpartnership.org](http://www.mountainpartnership.org)

[www.envsec.org](http://www.envsec.org)

# 2009



## UNHCR

United Nations High Commissioner for Refugees



30  
years  
vienna  
international  
centre

## Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) **Eine lange Tradition der Flüchtlingshilfe**

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen eröffnete die Wiener Vertretung bereits im Jahr 1951, dem Gründungsjahr der Flüchtlingsorganisation der UNO. Damit ist UNHCR von allen Organisationen der UNO am längsten in Österreich vertreten. 1979 übersiedelte das Büro in das neu errichtete Internationale Zentrum Wien.

Viele Jahre hat UNHCR Flüchtlingen hauptsächlich durch materielle Unterstützung geholfen. In jüngster Zeit bestand seine Hauptaufgabe aus Rechtsschutz für Flüchtlinge und Asylwerber sowie Öffentlichkeitsarbeit. UNHCR beobachtet die Umsetzung der relevanten Asylgesetze in Österreich gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und unterbreitet den Behörden Vorschläge bei Flüchtlingsfragen. UNHCR Wien kooperiert auch mit nichtstaatlichen Organisationen, die im Bereich Flüchtlinge und Asylwerber tätig sind. Außerdem steht UNHCR in engem Kontakt mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

UNHCR fördert die Bewusstseinsbildung für die Situation von Flüchtlingen durch Öffentlichkeits- und Medienarbeit, Aufklärungskampagnen wie das interaktive Spiel [www.LastExitFlucht.org](http://www.LastExitFlucht.org), das den Österreichischen Staatspreis für Multimedia und eBusiness gewann, und die Internetseite [www.unhcr.at](http://www.unhcr.at). Nur in schwierigen, individuellen Fällen wird UNHCR direkt tätig. Darüber hinaus bietet es Fortbildungen für Regierungsbeamte und Flüchtlingsberater an.

### Österreich – Asylland mit Tradition

Österreichs Hilfe für Flüchtlinge, die vor Krieg, Folter und Verfolgung fliehen müssen, hat eine lange Tradition. Seit 1945 sind mehr als zwei Millionen Flüchtlinge nach Österreich gekommen, fast 700.000 Menschen sind im Land geblieben. In den Jahren 1956, 1968, 1980 und 1992 haben in Folge verschiedener Krisen sehr viele Flüchtlinge in Österreich Hilfe gesucht.

In den Jahren 1956/57 flohen 180.000 Ungarn nach Österreich, im Jahr 1968 brachten sich 160.000 Tschechen und Slowaken nach Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die damalige Tschechoslowakei durch Flucht nach Österreich in Sicherheit. Die meisten Flüchtlinge kehrten wieder in ihre Heimatländer zurück, manche zogen weiter und andere blieben in Österreich. In den Jahren 1980/81 wurde in Polen das Kriegsrecht ausgerufen. Als Folge kamen 33.000 Flüchtlinge nach Österreich. Zu Beginn des Balkankrieges in den Jahren 1991/92 flohen 13.000 Menschen von Kroatien nach Österreich. Im Jahr 1992 trafen die ersten von insgesamt 90.000 Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina ein, im Frühjahr 1999, als der Kosovokonflikt eskalierte, nahm Österreich mehr als 5000 Flüchtlinge vorübergehend auf. Gleich nach Ende der Kämpfe begannen erste Rückkehrbewegungen.

### Suche nach einem sicheren Hafen

Wer nach Österreich kommt und Schutz sucht, muss einen Asylantrag stellen. Zunächst untersuchen die Behörden, ob es Gründe gibt, den Antrag zurückzuweisen, oder ob ein Drittland für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. In erster Instanz prüft das Bundesasylamt, ob es sich tatsächlich um einen Flüchtling handelt. Laut Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Flüchtling „jede Person, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe außerhalb ihres Heimatlandes befindet und nicht in der Lage oder im Hinblick auf diese Furcht nicht gewillt ist, den Schutz des Heimatlandes in Anspruch zu nehmen.“ Im Interview erzählen die Asylwerber ihre Fluchtgeschichte. Die Beamten müssen danach entscheiden, ob Asyl gewährt wird oder nicht. Wird der Asylantrag abgelehnt, besteht die Möglichkeit einer Berufung beim Asylgerichtshof, der zweiten und letzten Instanz.

Das gesamte Verfahren kann sich über mehrere Jahre hinziehen. Während dieser Zeit haben Asylwerber keine Arbeitserlaubnis. Obwohl der Oberste Gerichtshof festgestellt hat, dass alle Asylwerber, die die Kriterien im dafür vorgesehenen Gesetz erfüllen, ein Recht auf Grundversorgung („Bundesbetreuung“) haben, ist das nicht immer der Fall. Viele Asylwerber sind deshalb auf die Hilfe nichtstaatlicher Organisationen angewiesen.

## Die Herausforderungen von heute

Während der letzten zwei Jahre blieb die Anzahl der Asylwerber in Österreich niedriger als in der jüngeren Vergangenheit. Im Jahr 2007 wurden 11.900 Asylanträge gestellt, verglichen mit 12.800 im Jahr 2008.

Ein anderes Anliegen von UNHCR ist die Harmonisierung der Asylverfahren innerhalb der Länder der Europäischen Union. Die EU arbeitet seit einigen Jahren an dieser Harmonisierung in ihren Mitgliedstaaten, hat aber bisher noch keinen Konsens gefunden.

UNHCR fürchtet, dass Asylwerber, darunter auch Flüchtlinge, in Länder, die keinen ausreichenden Schutz bieten können, geschickt werden könnten und dass ihnen der Zugang zu Asylverfahren verwehrt werden könnte.

Auf globaler Ebene wird UNHCR weiterhin Hilfe für Flüchtlinge leisten, indem es sie entweder bei der Rückkehr in ihre wieder sicheren Heimatländer unterstützt, ihnen bei der Integration in den Asylländern beisteht oder ihnen hilft, sich in einem Drittland neu anzusiedeln. Im Jahr 1956 profitierte Österreich von der Umsiedlung zehntausender ungarischer Flüchtlinge ins Ausland.

Weitere Informationen:

### **Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)**

Internationales Zentrum Wien  
Postfach 550, 1400 Wien, Österreich  
Telefon: (+43-1) 26060-4048  
Email: [ausvi@unhcr.org](mailto:ausvi@unhcr.org)  
Internet: <http://www.unhcr.at>





Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA)

## Der Menschheit den Nutzen aus dem Weltall bereitstellen

Welraumtechnologien bieten eine Vielzahl von Lösungen für Fragen auf der Entwicklungsagenda. Darunter fallen Nahrungsmittelsicherheit, Seuchenkontrolle, Management von natürlichen Ressourcen, Katastrophenmanagement und Fernausbildung. Daher ist es für die Vereinten Nationen wichtig, diese Errungenschaften der Weltraumanwendungen allen Teilen der Welt zugänglich zu machen.

Das Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA) setzt die Entscheidungen der Generalversammlung, des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums und dessen zwei Unterausschüsse Recht sowie Wissenschaft und Technik um. Diese zwischenstaatlichen Foren fördern die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere zugunsten von Entwicklungsländern. Andere Punkte der Agenda sind Weltraummüll, die Nutzung nuklearer Energiequellen im Weltraum, internationale Resonanz gegenüber der Bedrohung von Asteroideneinschlägen und die Einführung eines gesetzlichen Ordnungsrahmens im Weltraum.

UNOOSA ist für die Umsetzung des Programms der Vereinten Nationen für Raumfahrtanwendungen zuständig. Dieses Programm soll den Mitgliedstaaten, vor allem aber Entwicklungsländern, Zugang zu Welraumtechnologie und wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie deren Anwendungen ermöglichen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Im Rahmen dieses Programms organisiert das Büro für Weltraumfragen Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau, um ein Bewusstsein für die Möglichkeiten der Weltraumanwendungen zu schaffen und die Kapazitäten der Welraumtechnologien in Entwicklungsländern in Bereichen wie dem Management natürlicher Ressourcen, Tele-Epidemiologie/Tele-Gesundheit und Klimawandel auszubauen.

Vergegenwärtigt man sich die weltweite Wirkung und Tragweite von Weltraumanwendungen, so sieht man, dass Welraumtechnologien eine musterhafte Rolle bei der Lösung globaler Probleme spielen. In diesem Zusammenhang beinhaltet die Arbeit von UNOOSA die Realisierung einer globalen Plattform für Katastrophenmanagement (UN-SPIDER) und die Förderung des globalen Such- und Rettungssystems (COSPAS-SARSAT). Das Büro legt seine Schwerpunkte auch auf die Interfunktionalität und Kompatibilität globaler Navigationssatellitensysteme durch den Internationalen Ausschuss für globale Satellitennavigationssysteme (ICG) und die Überwachung der weltweiten Anordnung der Instrumente zur Weltraumerforschung, des Welraumwetters und der tiefgreifenden Auswirkungen der Sonne auf die Erde.

Das Büro nimmt die Verpflichtung des Generalsekretärs bezüglich des internationalen Weltraumrechts wahr, einschliesslich der Verwaltung des Registers der in den Weltraum gestarteten Gegenstände, das als zentrale Hinterlegungsstelle von Informationen dient, die von den Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen bezüglich ihrer Satelliten zur Verfügung gestellt werden. In seiner Rolle als Fürsprecher organisiert das Büro Arbeitstagungen zu den Themen Weltraumrecht und -politik und entwickelt einen Studienplan im Bereich Weltraumrecht. Das Büro entwickelt und verbreitet Berichte, Studien und Publikationen zu den verschiedenen Gebieten der Weltraumwissenschaften, -technologie und deren Anwendungen sowie zu internationalem Weltraumrecht.

Das Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen hat über fast ein halbes Jahrhundert dazu beigetragen, der Menschheit Nutzen aus dem Weltraum bereitzustellen und wird dies in den künftigen Jahren fortsetzen.

Weitere Informationen:

**Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA)**

Internationales Zentrum Wien

Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-4950

Telefax: (+43-1) 26060-5830

Email: [osa@unoosa.org](mailto:osa@unoosa.org)

Internet: <http://www.unoosa.org>



## Postverwaltung der Vereinten Nationen (UNPA) **30 Jahre VIC – 30 Jahre UNO-Briefmarken in Wien**

### Geschichte

Am 24. August 1979, einen Tag nach der Eröffnung des Internationalen Zentrums Wien (VIC), gab die Postverwaltung der Vereinten Nationen ihre ersten UNO-Briefmarken in österreichischer Währung heraus.

Der Gedanke eigener UNO-Briefmarken geht auf einen Vorschlag Argentinens aus dem Jahr 1947 zurück. 1951 kam es zu einer entsprechenden Vereinbarung mit den amerikanischen Postbehörden, in der festgelegt wurde, dass die Briefmarken in der Währung der Vereinigten Staaten ausgegeben werden und ausschließlich am Amtssitz der UNO Verwendung finden dürfen. Die ersten Briefmarken der Vereinten Nationen in US-Dollar erschienen am 24. Oktober 1951, dem Tag der Vereinten Nationen. Sie waren ein augenblicklicher Erfolg und innerhalb weniger Tage restlos ausverkauft. Am 4. Oktober 1969 konnte das UNPA-Büro in Genf aufgrund des Abkommens vom 11. Dezember 1968 zwischen den Vereinten Nationen und den schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafendiensten die ersten UNO-Briefmarken in Schweizer Franken ausgeben.

Nach Abschluss eines ähnlichen Abkommens mit der österreichischen Regierung am 28. Juni 1979 gab das UNPA-Büro in Wien am 24. August 1979 die ersten UNO-Briefmarken in österreichischen Schilling heraus. Seit dem 1. Januar 2002 werden aufgrund der Währungsänderung die UNO-Briefmarken in Euro ausgegeben.

### UNPA heute

Die Briefmarken der Vereinten Nationen erscheinen heutzutage gleichzeitig in den UNO-Büros in New York, Genf und Wien. Die Motive der Briefmarken einer Ausgabe sind jeweils einem verwandten Thema gewidmet, ihre Nennwerte entsprechen der Währung des betreffenden Landes. Die Briefmarken können direkt im jeweiligen Büro gekauft, per Post bestellt oder im Briefmarkenhandel bezogen werden. Sie sind für Postsendungen gültig, wenn sie in den UNO-Büros in New York, Genf oder Wien aufgegeben werden.

In der Regel erscheinen jedes Jahr sechs Ausgaben von Gedenkbriefmarken, die nur 12 Monate zum Verkauf stehen. Restliche Lagerbestände werden anschließend vernichtet. Die Briefmarken werden Gedenkbriefmarken genannt, weil sie dazu anregen sollen, über das jeweilige Thema nachzudenken. Sie werden nicht nachgedruckt, auch wenn eine Ausgabe vor Ablauf der Verkaufsfrist von 12 Monaten ausverkauft ist. Briefmarken der Dauerserie hingegen stehen unbefristet zum Verkauf und ihre Nennwerte werden den Erfordernissen des Postverkehrs angepasst. Dauerbriefmarken werden je nach Bedarf nachgedruckt.

Die Briefmarken der Vereinten Nationen werden auf der ganzen Welt gedruckt, sowohl in Staatsdruckereien als auch in privaten Sicherheitsdruckereien. Für ihre Herstellung gelten dieselben strengen Sicherheitsbestimmungen wie für den Druck von Banknoten. Die Sammler schätzen die hohe Druckqualität der UNO-Briefmarken, die einer strengen Kontrolle unterliegt und von der UNPA auf jede Unregelmäßigkeit überprüft wird. Dadurch zählen die Vereinten Nationen zu den Postverwaltungen, deren Briefmarken die höchste Qualität aufweisen.

### Mandat

Menschenrechte, Umwelt, gefährdete Arten und Frieden – um nur einige aufzuzählen – sind Themen, die allen Völkern der Welt ein Anliegen sind. Es sind gleichzeitig jene Themen, auf die die Postverwaltung der Vereinten

Nationen (UNPA) mit ihren Briefmarken aufmerksam macht. Da die UNO-Briefmarken Einblick in die Arbeit der Weltorganisation geben, gehen sie in ihrer Bedeutung über die Grenzen der Philatelie hinaus. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf wichtige Weltprobleme und zeugen vom unermüdlichen Streben der Vereinten Nationen nach Verwirklichung ihrer Ziele.

Die Briefmarken der Vereinten Nationen fördern nicht nur auf künstlerische Weise die Ziele der Weltorganisation, sondern stellen auch eine Einkommensquelle für die Organisation dar. Dieses Einkommen stammt fast ausschließlich aus dem Verkauf von Briefmarken an Sammler. Der größte Teil der UNO-Briefmarken – rund 85 Prozent – wird von Briefmarkenfreunden gesammelt. Der Wert aller als Porto verwendeten UNO-Briefmarken wird dem amerikanischen Postdienst, den schweizerischen PTT-Betrieben bzw. der österreichischen Post rückerstattet.

Anlässlich seines 30-jährigen Jubiläums am 24. August 2009 gibt das UNPA-Büro in Wien ein spezielles personalisiertes Briefmarkenblatt zum VIC heraus, das am Verkaufsschalter der UNPA im Besucherzentrum am Eingang (Checkpoint 1) erhältlich ist.

Weitere Informationen:

**Clarissa Fürnsinn**

Postverwaltung der Vereinten Nationen Europa

Büro der Vereinten Nationen in Wien

Postfach 900, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-5446

Fax: (+43-1) 26060-75446

Email: [clarissa.fuernsinn@unvienna.org](mailto:clarissa.fuernsinn@unvienna.org)

Internet: <http://unstamps.un.org>



# Register der Vereinten Nationen für die Erfassung der durch den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet verursachten Schäden (UNRoD)

Nach Veröffentlichung des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes vom 9. Juli 2004 über Rechtsfolgen des Baus einer Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet wurde das Register der Vereinten Nationen für die Erfassung der durch den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet verursachten Schäden (UNRoD) in Einklang mit der Resolution der Generalversammlung A/RES/ES-10/17 von Januar 2007 eingerichtet.

UNRoD ist ein Nebenorgan der Generalversammlung der Vereinten Nationen und operiert unter der Verwaltungsaufsicht des Generalsekretärs am Dienort des Büros der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), das es verwaltungstechnisch und logistisch unterstützt.

UNRoD hat den Auftrag, als ein durch Dokumente belegtes Verzeichnis für Schäden zu fungieren, die natürlichen und juristischen Personen entstanden sind und aus dem Bau der Mauer durch Israel im besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich in und um Ost-Jerusalem resultieren.

Das UNRoD-Büro, das nach der Ernennung der drei unabhängigen Ratsmitglieder und seines Exekutivdirektors durch den Generalsekretär im Jahr 2007 gegründet wurde, ist nun mit 18 Mitarbeitern – neun internationalen Experten und neun vor Ort rekrutierten Mitarbeitern – voll einsatzfähig.

Um das Mandat zu erfüllen, arbeitet UNRoD in verschiedenen Aktivitäten im besetzten palästinensischen Gebiet vor Ort, um potenzielle Anspruchsteller über die Existenz und den Zweck von UNRoD und das Verfahren zur Einreichung einer Schadensforderung zu informieren. UNRoD hilft auch Anspruchstellern die offiziellen UNRoD-Antragsformulare auszufüllen und sammelt die fertigen Formulare zur Weiterbearbeitung in Wien ein.

UNRoD nimmt Anträge von allen natürlichen und juristischen Personen, die durch die Errichtung der Mauer im besetzten palästinensischen Gebiet materielle Schäden oder Verluste erlitten haben, entgegen und verarbeitet und überprüft sie. Der aus drei Mitgliedern bestehende UNRoD-Rat ist die nach selbst entwickelten Kriterien höchste Instanz, die über die Aufnahme von Verlust- oder Schadensanträgen in das Schadensregister der Vereinten Nationen entscheidet.

Sein Mandat wird, mit der Erfassung von mehr als 1000 Anträgen aus den besetzten palästinensischen Gebieten bis April 2009, erfolgreich umgesetzt. Mehrere hundert dieser Forderungen wurden vom UNRoD-Rat begutachtet und in das Register aufgenommen. Ungeachtet der bescheidenen Zahlen bedeutet es den Beginn des Schadensregisters der Vereinten Nationen wie es von der Generalversammlung erbeten wurde.





Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung  
der Auswirkungen der atomaren Strahlung (UNSCEAR)

# Wissenschaftliche Basis für den Schutz vor radioaktiver Strahlung

## Geschichte und Mandat

Am 3. Dezember 1955 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen einstimmig die Resolution 913(X) an, mit der der Wissenschaftliche Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung (UNSCEAR) begründet wurde. Das Mandat des UNSCEAR ist die Einschätzung und Berichterstattung von Graden und Auswirkungen durch ionisierte Bestrahlung. Regierungen und Organisationen auf der ganzen Welt stützen sich auf die Einschätzungen des Ausschusses als einer wissenschaftlichen Basis zur Beurteilung des Strahlenrisikos und zur Ergreifung von Schutzmaßnahmen. Im Laufe der Jahrzehnte wurde aus dem UNSCEAR die offizielle internationale Autorität für Grade und Auswirkungen ionisierter Strahlung, die sowohl zu friedlichen aber auch zu militärischen Zwecken verwendet wird und aus natürlichen oder künstlichen Quellen stammt.

Der Ausschuss beurteilte regelmäßig das Auftreten von Auswirkungen der Radioaktivität auf die Gesundheit an Hand von Studien über die Überlebenden der atomaren Bombardierung Japans im Jahr 1945 sowie über andere strahlenexponierte Gruppen. Des Weiteren wurde auch der Fortschritt des wissenschaftlichen Verständnisses über die Mechanismen begutachtet, durch die strahlenbedingte Auswirkungen auf die Gesundheit auftreten können. Diese Erhebungen legten die wissenschaftliche Grundlage für die Schaffung internationaler Schutzstandards.

Der Unfall von Tschernobyl im Jahr 1986 war für die Opfer ein tragisches Ereignis und für die Betroffenen entstand unsägliches Leid. Von Beginn an war UNSCEAR an der Beurteilung der Strahlenbelastung und der Auswirkungen auf die Gesundheit beteiligt. Im Jahr 1988 veröffentlichte der Ausschuss den ersten Bericht über akute Strahlenbelastungen auf Notfalleinsatzkräfte und die globale Strahlenbelastung. Eine detailreichere Analyse der verschiedenen Strahlungsgrade und der Auswirkungen des Unfalls wurde im Jahr 2000 herausgegeben. Vor kurzem hat der Ausschuss am Tschernobyl-Forum teilgenommen, dessen wichtiger Auftrag viele Aspekte des Unfalls, einschließlich der Untersuchung der Gesundheitsfolgen durch Strahlung, umfasste. Im Jahr 2008 legte der Ausschuss eine aktualisierte Begutachtung der Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt durch den Unfall vor.

In den neunziger Jahren wurde der Fokus auf die nuklearen Altlasten des Kalten Kriegs gelegt. Es ging um eine Beurteilung radioaktiver Rückstände, die von Waffenproduktion und Rüstungstests ausgeht, und erblicher Auswirkung von Strahlung. Zuletzt wurden in den Jahren 2006 und 2008 die letzten großen Berichte vom Ausschuss vorgelegt. Der Bericht von 2006 aktualisierte den Wissensstand bezüglich der Epidemiologie strahlenbedingter Krankheiten (Krebs und andere Erkrankungen); dazu behandelte er Themen wie sogenannte unbeabsichtigte Schäden, Strahlenauswirkungen auf das Immunsystem und die Auswirkungen von Radonbelastung. Im Jahr 2008 wurden die Einschätzungen des Ausschusses zu folgenden Themen auf den neusten Stand gebracht: Strahlenbelastung der allgemeinen Öffentlichkeit, von Arbeitern und Patienten, Strahlenbelastung bei Unfällen, Auswirkungen des Tschernobyl-Unfalls auf die Gesundheit und Strahlungsauswirkungen auf andere Lebewesen.

Vieles hat sich verändert – mit dem Ende des Kalten Krieges und der Revolution der Informationstechnologie hat sich die Rolle des Ausschusses als Drehscheibe des internationalen Informationsaustausches auf diesem wichtigen und hoch spezialisierten Gebiet abgeschwächt. Dennoch ist festzustellen, dass durch die heutige Flut von neuen, verfügbaren Informationen – besonders auf den Gebieten der Genetik und Molekularbiologie – ein grundlegender Bedarf entsteht, diese Informationen zu begutachten und darzustellen sowie wissenschaftlichen Konsens zum Nutzen für politische Entscheidungsträger und Interessensvertreter zu schaffen. Mit wichtigen Beschlüssen zur medizinischen Nutzung radioaktiver Strahlung, zur Umweltsanierung und zur Müllentsorgung und aufgrund der Kernenergieoption spielt der Ausschuss durch die Bereitstellung von zuverlässigen wissenschaftlichen Informationen weiterhin eine zentrale Rolle und wird das auch in Zukunft in hohem Maße tun.

## Mitglieder des Ausschusses

Aktuell beläuft sich die Mitgliederzahl der im Ausschuss vertretenen Staaten, die im Auftrag der Vereinten Nationen arbeiten, auf 21: Ägypten, Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Japan, Kanada, Mexiko, Peru, Polen, die Russische Föderation, Schweden, die Slowakei, der Sudan, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten.

Beobachterstatus haben derzeit Belarus, Finnland, die Republik Korea, Spanien und die Ukraine.

Mehr als 50 nationale und mehrere internationale Organisationen leisten einen beachtlichen Beitrag zur Arbeit des Ausschusses.

## Sekretariat

Das kleine Sekretariat in Wien, das verwaltungstechnisch an das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) angeschlossen ist, organisiert und unterstützt die jährlichen Tagungen und bereitet die Dokumente zur Überprüfung durch den wissenschaftlichen Ausschuss vor.

Weitere Informationen:

**Malcolm Crick**

Sekretär des UNSCEAR

UNSCEAR Sekretariat

Internationales Zentrum Wien

Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-4330

Telefax: (+43-1) 26060-5902

Internet: <http://www.unscear.org>





## Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) Wien

# Die Vereinten Nationen der Öffentlichkeit näher bringen

UNIS Wien ist Teil eines weltumspannenden Netzwerks aus 63 Informationszentren der Vereinten Nationen von Accra bis Yaoundé, die Teil der Hauptabteilung Presse und Information (DPI) sind. Sie alle haben ein gemeinsames Ziel: Hilfestellung zu leisten, um die wesentlichen Aufgaben der Vereinten Nationen zu erfüllen, indem sie die Aktivitäten und Anliegen der Organisation der Öffentlichkeit vermitteln.

UNIS Wien bekleidet zwei Rollen: Als UNO-Informationszentrum ist UNIS für Österreich, Ungarn, die Slowakei und Slowenien zuständig und fungiert vor Ort als Stimme der Vereinten Nationen. UNIS steht mit Medien, Regierungsstellen, akademischen Kreisen, Schulen und der Zivilgesellschaft in Kontakt und fördert so ein weitreichendes Verständnis für die Arbeit und Ziele der Vereinten Nationen. Darüber hinaus bietet UNIS den Organisationen und Programmen der Vereinten Nationen in Wien Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen und dient als Sekretariat der Gruppe der Vereinten Nationen für Kommunikation in Wien.

### Folgende Dienstleistungen bietet UNIS Wien an:

- 1. Medienakkreditierung:** Für Journalisten mit Sitz in Wien, die Zugang zum Internationalen Zentrum Wien (VIC) suchen, ist UNIS für Medienakkreditierung erste Anlaufstelle. Auf Basis bestimmter Kriterien stellt das Büro jedes Jahr Akkreditierungen für bona fide Medienrepräsentanten aus, die über Themen des UNO-Systems berichten. Weitere Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer (+43-1) 26060-3342 oder per Email an [press@unvienna.org](mailto:press@unvienna.org). Journalisten, die bei der UNO akkreditiert sind, erhalten Zugang zum Internationalen Zentrum Wien (VIC), aktuelle Informationen zur UNO in Wien und darüber hinaus, sowie Einladungen zu Veranstaltungen und Pressekonferenzen im VIC und anderes mehr.
- 2. Bibliothek:** Die UNIS-Bibliothek besitzt eine große Sammlung von Informationen aus dem gesamten System der Vereinten Nationen. Referenzdokumente, Resolutionen des Sicherheitsrates, die jüngsten Publikationen, aktuelle UNO-Berichte und vieles mehr sind in der Bibliothek vorhanden, darunter UNO-Poster und Informationsblätter zu einer Vielzahl von Themen. Die Referenzbibliothek des Informationsdienstes der Vereinten Nationen in Wien ist für Besucher, Journalisten, Studenten (nach Voranmeldung) und allen UNO-Mitarbeitern zugänglich. Eine große Anzahl von Referenzmaterialien zu allen Aspekten des UNO-Systems ist abrufbar, insbesondere zu Themen der in Wien ansässigen Büros für Drogenkontrolle, Verbrechenverbeugung und Weltraumfragen. Es besteht auch die Möglichkeit, eine große Anzahl kostenfreier Informationsmaterialien – Informationsblätter, Berichte und Poster – durchzustöbern und mitzunehmen. Die Bibliothek bietet darüber hinaus kostenfreie Publikationen in begrenzter Auflage an.
- 3. Vorlesungsprogramm:** Für Gruppen, die an Vorträgen von UNO-Experten zu einer Vielzahl von Themen, beispielsweise der friedlichen Nutzung der Atomenergie oder warum die Welt immer noch die Vereinten Nationen braucht, interessiert sind, organisiert UNIS Informationsveranstaltungen oder Vorlesungsreihen. Kontaktieren sie dafür einfach [lectures@unvienna.org](mailto:lectures@unvienna.org).
- 4. Verbindung zur Zivilgesellschaft:** Über 1500 zivilgesellschaftliche Organisationen mit ausgeprägten Informationsprogrammen sind mit der UNO-Hauptabteilung Presse und Information assoziiert und verbinden die UNO mit Menschen auf der ganzen Welt. Der NGO-Verbindungsdienst unterhält eine Verteilerliste mit 400 lokalen Vertretern nichtstaatlicher Organisationen, Forschungseinrichtungen, politischen Denkfabriken und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Wenn Sie sich für die Arbeit der Vereinten Nationen in bestimmten Bereichen

interessieren, kontaktieren sie uns, um in den Verteiler aufgenommen zu werden, oder wenn Sie mit UNIS Wien zu bestimmten Themen zusammenarbeiten möchten, wie etwa die Organisation von speziellen UNO-Tagen (z.B. der Internationale Friedenstag, der Tag der Menschenrechte, usw.).

5. **Internetseite:** UNIS Wien unterhält eine Internetseite mit Informationsressourcen und Neuigkeiten zur Arbeit der Vereinten Nationen und der Organisationen in Wien in deutscher, englischer, slowakischer, slowenischer und ungarischer Sprache: [www.unis.unvienna.org](http://www.unis.unvienna.org)
6. **Publikationen und Informationsprodukte:** UNIS Wien veröffentlicht eine Vielzahl an Informationsprodukten über die Vereinten Nationen und aktuelle internationale Themen, darunter deutsche, slowakische, slowenische und ungarische Sprachversionen von Pressemitteilungen, Hintergrundinformationen und Erklärungen des UNO-Generalsekretärs sowie Informationen über die Arbeit der Organisationen in Wien in englischer und anderen Sprachen. Alle Veröffentlichungen sind von der Internetseite abrufbar: [www.unis.unvienna.org](http://www.unis.unvienna.org)

Weitere Informationen:

**Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) Wien**

Internationales Zentrum Wien

Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-3325

Email: [unis@unvienna.org](mailto:unis@unvienna.org)

Internet: <http://www.unis.unvienna.org>



## Das VIC – einen Besuch wert

Jeder, der sich für die Arbeit der Vereinten Nationen interessiert, kann das Internationale Zentrum Wien (VIC) besuchen. Das Besucherzentrum im Haupteingang des Gebäudekomplexes ist von Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 Uhr öffentlich zugänglich. Um sich über die Vereinten Nationen und die Arbeit der in Wien ansässigen Organisationen der Vereinten Nationen zu informieren, können Besucher an einer Führung durch das VIC teilnehmen.

### Führungen

Ausgangspunkt ist das Besucherzentrum. Während der einstündigen Führung lernen Besucher die interessante Welt der Vereinten Nationen und die Arbeit der in Wien ansässigen Organisationen und Programme der UNO kennen: Diese beschäftigen sich mit Bereichen wie Drogenkontrolle, Verbrechensverhütung, der friedlichen Nutzung des Weltraums, der friedlichen Nutzung der Kernenergie, industrieller Entwicklung, internationalem Handelsrecht, und dem Verbot von Nuklearversuchen. Des Weiteren sehen Besucher einen Konferenzsaal sowie einen Film und Ausstellungen über diese Themen.

Die Besucher werden von einem freundlichen, engagierten Team von Führerinnen und Führern aus verschiedenen Ländern empfangen. Die Mitglieder des Besucherdienst-Teams sprechen mehrere Sprachen und teilen die Leidenschaft für die Ziele und Aufgaben der Vereinten Nationen.

Während der Führung sind auch eine beeindruckende Kunstsammlung aus Werken führender österreichischer Künstler sowie Geschenke von Mitgliedstaaten zu sehen. Darüber hinaus gibt es spezielle Programme für Schulklassen und Kindergruppen während der Sommerferien. Deutschsprachige Informationen für Lehrer zu den Führungen sowie zusätzliche Lehrmaterialien können von unserer Homepage heruntergeladen werden:  
[http://www.unis.unvienna.org/unis/de/lehrer\\_info.html](http://www.unis.unvienna.org/unis/de/lehrer_info.html)

### Besucherinformationen und Anmeldung

Führungen werden zu folgenden Zeiten angeboten:

Für Einzelpersonen und Kleingruppen (bis zu 10 Personen):  
Montag bis Freitag, je um 11.00 Uhr und um 14.00 Uhr  
(keine Voranmeldung erforderlich)

Für Gruppen (nach Voranmeldung):  
Montag bis Freitag, zwischen 09:30 Uhr und 17:00 Uhr.

Der Besucherdienst bietet Führungen für Gruppen aus allen Bereichen und allen Altersstufen an (z.B. Volksschulen, mittleren und höheren Schulen, Universitäten, Berufsverbänden und der breiten Öffentlichkeit). Führungen dauern ca. eine Stunde.

Darüber hinaus organisiert der Besucherdienst Vorträge von UNO-Mitarbeitern über die Vereinten Nationen (allgemeiner Überblick) und die Arbeit der in Wien ansässigen Organisationen. Besteht Interesse an einem Arrangement für Vorträge in Kombination mit einer Führung, so richten Sie ihr Anliegen bitte im voraus schriftlich an [lectures@unvienna.org](mailto:lectures@unvienna.org) (zumindest sechs Wochen vor dem gewünschten Datum).

## Besucherdienst

### Voranmeldung und Information

Internationales Zentrum Wien  
Besucherdienst  
Postfach 500, A 1400 Wien  
Tel.: (+43-1) 26060-3328  
Fax: (+43-1) 26060-5991  
E-mail: [tours@unvienna.org](mailto:tours@unvienna.org)  
Internet: <http://www.unis.unvienna.org>

## Anfahrt

Treffpunkt für die Führungen ist das Besucherzentrum im Haupteingang (Checkpoint 1) des Internationalen Zentrums Wien. Besucher erreichen uns mit der U-Bahn Linie U1 (Station Kaisermühlen – VIC). Nach der Sicherheitsüberprüfung gelangen sie zum Haupteingang.

## Besucherzentrum

Das Besucherzentrum ist das Tor zu den Vereinten Nationen in Wien. Es ist von Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 Uhr geöffnet und befindet sich gleich neben der U-Bahnstation Kaisermühlen/VIC. Am Informationsschalter können Besucher Führungen buchen und erhalten Informationsmaterial über die Vereinten Nationen und die in Wien ansässigen Organisationen. Zusätzlich stehen Mitarbeiter des Besucherdienstes für weitere Anfragen und Informationen zur Verfügung.

Das Besucherzentrum bietet außerdem Verkaufsstellen für UNO-Souvenirs und UNICEF-Grußkarten, einen Verkaufsschalter der UNPA für UNO-Briefmarken, internationale Souvenirs der United Nations Women's Guild, ein UNO-Café, einen Friseur und ein Blumengeschäft

Weitere Informationen:

### **Besucherdienst**

Internationales Zentrum Wien  
Postfach 500, 1400 Wien, Österreich  
Telefon: (+43-1) 26060-3328  
Telefax: (+43-1) 26060-5991  
Email: [tours@unvienna.org](mailto:tours@unvienna.org)



# Die Zivilgesellschaft im Internationalen Zentrum Wien

## Hintergrund

Von Anfang an waren nichtstaatliche Organisationen (NGOs) in die Tätigkeiten der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen einbezogen. NGOs können Antrag auf Konsultativstatus stellen und erhalten diesen abhängig von ihrem Arbeitsbereich. Die Resolution 1996/31 der Generalversammlung regelt das tägliche Zusammenspiel der NGOs mit Konsultativstatus mit den Vereinten Nationen, hauptsächlich mit dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) und seinen Fachkommissionen. Gemäß dieser Resolution haben die NGOs das Recht, UNO-Tagungen als Beobachter beizuwohnen und auf Grundlage ihrer Kompetenz schriftliche oder mündliche Stellungnahmen abzugeben. Sie können auch vom UNO-Generalsekretär gebeten werden, spezielle Studien oder Beiträge zu erstellen. NGOs haben Zugang zu den Tagungsdokumenten der Kommissionen, Ad-hoc-Ausschüsse, Expertengruppen, etc., sowie Zugang zu den Pressedokumentationsdiensten und Bibliotheken der UNO. Ferner können sie sich in den Räumlichkeiten der UNO zu Konferenzen und kleineren Sitzungen zur Arbeit des ECOSOC treffen. Das UNO-Sekretariat muss eine angebrachte Sitzordnung bei öffentlichen Tagungen der Generalversammlung zu wirtschaftlichen, sozialen und damit zusammenhängenden Fragen zur Verfügung stellen. NGOs mit Konsultativstatus sind verpflichtet, alle drei Monate dem ECOSOC-Ausschuss für nichtstaatliche Organisationen Berichte vorzulegen, die über ihre Aktivitäten Auskunft geben, insbesondere was ihre Unterstützung anbelangt, die sie der Arbeit der Vereinten Nationen zukommen ließen.

## Die Konferenz der nichtstaatlichen Organisationen mit Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen (CONGO)

Im Jahr 1948 wurde die Konferenz der nichtstaatlichen Organisationen mit Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen (CONGO) als Dachorganisation für NGOs mit Konsultativstatus geschaffen, die als unabhängige, internationale und gemeinnützige Organisation derzeit 550 Mitglieder umfasst. Um den teilnehmenden Organisationen Hilfestellung und Unterstützung zukommen zu lassen, hat die CONGO Büros in Genf, New York und Wien eingerichtet. Aufgabe der CONGO ist es, den NGOs Zugang zu den Verhandlungen und Entscheidungen der Vereinten Nationen zu gewährleisten und sie zu unterstützen.

Die CONGO spielt eine bedeutende Rolle bei der Mobilisierung von NGOs, Parallelveranstaltungen zu den großen, globalen UNO-Konferenzen zu veranstalten. Darunter fallen das erste weltweite NGO-Forum für Menschenrechte im Jahr 1968, gefolgt von den Planungen und Vorbereitungen für das NGO-Forum bei sämtlichen UNO-Weltfrauenkonferenzen von Kopenhagen (1975) bis Beijing (1995) und das NGO-Forum bei der Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien im Jahr 1993, um nur einige zu nennen.

Seit 2007 organisiert die CONGO Foren für zivilgesellschaftliche Entwicklung, um noch näher die Themen der jährlichen ECOSOC-Tagungen zu verfolgen. Diese Foren finden parallel zu den ECOSOC-Tagungen statt. Im Anschluss daran werden Beratungen an den anderen UNO-Standorten abgehalten, um so vielen NGO-Vertretern wie möglich die Chance zur Teilnahme zu ermöglichen.

Die CONGO unterstützt die Einrichtung und Arbeit der NGO-Arbeitsgemeinschaften, indem sie für die Gewährleistung demokratischer Abläufe Mustersatzungen bereitstellt, und verfolgt auf regulärer Basis ihre Aktivitäten, indem es regelmäßige Berichte ihrer Vorstandssitzungen anfordert.

## Die NGOs im VIC

Mehr als 2000 NGOs sind beim ECOSOC akkreditiert und fast die Hälfte davon haben Vertreter bei den Vereinten Nationen in Wien akkreditiert. Es gibt NGO-Arbeitsgemeinschaften zum Status der Frau, zur Frage des Alterns, für Suchtstoffe, Verbrechensvorbeugung, Familien, Frieden und Menschenrechte. Die NGO-Arbeitsgemeinschaften treffen sich regelmäßig im Internationalen Zentrum Wien (VIC). Diese Treffen dienen zur Beratung und zum Informationsaustausch, der Vorbereitung von Konferenzen und NGO-Foren oder der Diskussion kommender Aktivitäten der Vereinten Nationen. NGO-Arbeitsgemeinschaften verfügen über eigene Satzungen und wählen ihre Vorsitzenden und andere Vertreter im Abstand von zwei Jahren. Als Arbeitssprache wird Englisch für Sitzungen, Berichte und Protokolle genutzt.

Während der letzten 30 Jahre haben NGOs regelmäßig an allen Tagen der offenen Tür des Internationalen Zentrums Wien teilgenommen. Darüber hinaus haben NGOs zu folgenden Sitzungen Parallelforen und ergänzende Sitzungen organisiert: der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (bis 1993), der Suchtstoffkommission, der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege sowie des Kongresses für Verbrechensverhütung. Gleichzeitig nahmen sie in vollem Umfang an den jährlichen Beratungen der offiziellen Regierungstreffen teil. NGOs waren ebenso bei der Vorbereitung, Abhaltung und Nachbereitung des Internationalen Jahres der Familie behilflich.

Folgende Veranstaltungen, Konferenzen und Symposien wurden von Mitgliedern der am VIC akkreditierten internationalen NGO-Gemeinschaft im VIC oder an anderen Orten in Wien (Diplomatische Akademie, Universität Wien) organisiert: Parallelsitzungen zur Ersten Weltversammlung zur Frage des Alterns von 1983 (mit feierlichem Baumpflanzen im Rathauspark); Vorbereitungen zur Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz (2001); eine Reihe von kleineren Foren und Symposien zu allen Aspekten von Drogensucht und Vorbeugung; ein Symposium zur Vorbereitung des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft mit dem Titel „Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien und Frauen“ (2002); eine Konferenz als Nachbereitung des WTO-Gipfels in Cancun mit dem Titel „Die Welt nach Cancun, eine neue Richtung oder das Ende der WTO“ (2003); ein Seminar zu Menschenrechten „Frauenrechte – Menschenrechte, unsere Vision für die Zukunft“ (1998); eine Konferenz zum Fakultativprotokoll zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) (2000); zwei Symposien zur Implementierung der Zukunftsstrategien zur Förderung der Frau (FLS) von Nairobi unter dem Titel „Die FLS funktionieren lassen...“ (1990); die „Entwicklungsstrategien zum Handeln“, die zu den Regionalforen und dem NGO-Forum '95 in Beijing (1993) führten und ferner die regionalen NGO-Vorbereitungsberatungen für die Europäische Wirtschaftskommission von 1994, um die Weltfrauenkonferenz in Peking vorzubereiten.

In jüngerer Zeit organisierte UNIS Wien zusammen mit der NGO-Arbeitsgemeinschaft zum Status der Frau und dem Wiener CONGO-Büro eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Frauen, HIV/Aids, Fürsprache, Vorsorge und Stärkung von Rechten“, um den Internationalen Tag der Frau 2004 hervorzuheben.

Im Herbst 2007 richtete die CONGO in Wien das NGO-Forum über Weltraumfragen aus, das Diskussionen anregte, wie NGOs in fachspezifische Themen eingebunden werden können. In Zusammenarbeit mit der Suchtstoffkommission wurde das Projekt „Über 2008 hinaus“ von der Wiener Arbeitsgemeinschaft für Suchtstoffe angeregt, die im Juli 2008 ein bedeutendes NGO-Forum im VIC veranstaltete, aus der eine gemeinsame Erklärung aller teilnehmenden NGOs hervorging. Diese Arbeit wurde im März 2009 anlässlich der Tagung der Suchtstoffkommission durch begleitende Veranstaltungen fortgesetzt.

Um im Dezember 2008 dem sechzigsten Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu gedenken, wurde von den einschlägigen NGO-Arbeitsgemeinschaften und der CONGO ein Symposium abgehalten, das verschiedene Aspekte der Erklärung aufnahm und diese mit aktuellen NGO-Projekten verknüpfte.

Weitere Informationen:

### **CONGO-Büro in Wien**

Internationales Zentrum Wien

Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Email: [congovie@drei.at](mailto:congovie@drei.at)

Internet: <http://www.ngocongo.org>



## Veranstaltungen – Besuche – Konferenzen im VIC

# Höhepunkte aus den vergangenen 30 Jahren

Seit seiner Eröffnung im Jahr 1979 haben im Internationalen Zentrum Wien (VIC), im Kongresszentrum der Hofburg und im Austria Center viele internationale Veranstaltungen und Besuche stattgefunden. Ebenfalls seit 1979 haben Tage der offenen Tür der Öffentlichkeit ermöglicht, das Gebäude zu besichtigen und einiges über die Arbeit der in Wien ansässigen Organisationen zu erfahren.

### Veranstaltungen

In den letzten 30 Jahren fanden zahlreiche Veranstaltungen im VIC statt. Unter anderem eröffneten am 25. April 2008 UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon und die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik gemeinsam ein neues, modernes und klimafreundliches Konferenzgebäude am VIC, das sogenannte M-Gebäude. Im Oktober 2005 wurde Mohamed ElBaradei, dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), gemeinsam mit der IAEO der Friedensnobelpreis verliehen, für ihre Anstrengungen, „dass Nuklearenergie nicht für militärische Zwecke missbraucht werde und für die Sicherstellung, dass Nuklearenergie in der sichersten Art und Weise zur Anwendung kommt.“ Am 18. Dezember 1989 wurden im VIC Soldaten und Offiziere, die Österreichs Teilnahme an Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen repräsentierten, Gedenkmedaillen überreicht – in Anerkennung des österreichischen Anteils am Friedensnobelpreis von 1988 für die UNO-Friedenssicherungstruppen. Am 7. Dezember 1989 wurde dem ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky der Martin-Luther-King-Friedenspreis verliehen, in Anerkennung seiner Bemühungen im Nahostfriedensprozess und der Annäherung von Ost und West.

### Besuche

In der letzten 30 Jahre haben große Persönlichkeiten und Würdenträger aus der ganzen Welt das VIC besucht. Darunter waren:

Fünf Generalsekretäre der Vereinten Nationen (Kurt Waldheim, Javier Perez de Cuellar, Boutros Boutros-Ghali, Kofi Annan und Ban Ki-moon)

König Carl XVI. Gustaf (November 2007) und Königin Silvia von Schweden (November 2007, März 2009).

Kronprinz Hassan von Jordanien (Juni 1998)

Bischof Desmond Tutu. Er sprach zum 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vor der öffentlichen Versammlung der Menschenrechte in Wien (Juni 1998). Zu den anderen hochrangigen Teilnehmern gehörten die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte Mary Robinson, der ehemalige amerikanische Präsident Jimmy Carter, UNO-Generalsekretär Kofi Annan, Österreichs Außenminister Wolfgang Schüssel und Jelena Bonner.

Königin Fabiola von Belgien (Oktober 1994)

Mutter Theresa (März 1987)

Papst Johannes Paul II. (September 1983)

Prinz Talal von Saudi Arabien (Juli 1982)

## Konferenzen

Neben einer ganzen Reihe von Konferenzen und Tagungen, die während der vergangenen 30 Jahre stattfanden, waren die folgenden von besonderer Bedeutung:

Die 52. Tagung der Suchtstoffkommission der Vereinten Nationen (11. bis 20. März 2009) verabschiedete den Entwurf einer politischen Erklärung und einen Aktionsplan zur Zukunft der Drogenkontrolle am Ende des hochrangigen Segments (11. bis 12. März 2009). Staatschefs und Minister überprüften den Fortschritt der Drogenkontrolle seit der Sondertagung der Generalversammlung über Drogen von 1998 (UNGASS) und stimmten weiteren Schritten zur Verminderung der Bedrohungen für die Gesundheit und Sicherheit durch Drogen zu.

Das Wiener Forum zur Bekämpfung des Menschenhandels (UN.GIFT, 13. bis 15. Februar 2008) mobilisierte staatliche und nichtstaatliche Akteure zur Ausrottung des Menschenhandels, indem die Verwundbarkeit potenzieller Opfer und die Nachfrage für Ausbeutung in allen seinen Formen vermindert wird; und gleichfalls indem ein angemessener Schutz und Unterstützung den Opfern sowie eine effiziente Strafverfolgung der beteiligten Kriminellen garantiert wird.

Das 7. Globale Forum „Den Staat neu erfinden“ (26. bis 29. Juni 2007) mit dem Titel „Vertrauen in die Regierung schaffen“ betonte die besondere Bedeutung der Verbesserung der öffentlichen Verwaltung, um die international vereinbarten Entwicklungsziele zu erreichen, darunter die Millenniums-Entwicklungsziele.

Die Wiener Erklärung über den Weltraum und die menschliche Entwicklung, die bei der Dritten Konferenz der Vereinten Nationen zur Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraumes (UNISPACE III) (19. bis 30. Juli 1999) verabschiedet wurde, stellte ein weltweites Programm vor, um die Außenwelt der Erde zu schützen und ihre Ressourcen zu verwalten, um Raumfahrtanwendungen für menschliche Sicherheit und Wohlergehen zu nutzen und um die Umwelt des Weltraums zu schützen.

Einen Höhepunkt unter den Konferenzen der Vereinten Nationen in Wien stellte die Weltkonferenz der Menschenrechte (14. bis 25. Juni 1993) mit mehr als 5000 Teilnehmern dar. Die Wiener Erklärung, die von der Weltkonferenz verabschiedet wurde, forderte die Schaffung eines Hochkommissars für Menschenrechte durch die UNO-Generalversammlung. Die Konferenz untersuchte auch Möglichkeiten für die Verbesserung der Menschenrechtsmechanismen und die Umsetzung der bestehenden Menschenrechtsinstrumente.

Die Bevollmächtigtenkonferenz zum Schutz der Ozonschicht (18. bis 22. März 1985) verabschiedete das Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht. Es war der Höhepunkt von fast achtjährigen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, eine Verpflichtung für die Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt gegen die Auswirkungen der Veränderungen der Ozonschicht zu schaffen.

Die Weltversammlung über das Altern (26. Juli bis 6. August 1982) erörterte die schwerwiegenden Probleme, die die alternde Bevölkerung in vielen Teilen der Welt gegenüberstehen und die sie an einem unabhängigen und produktiven Leben hindern.

Die erste große Konferenz, die im VIC stattfand, war die Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (UNCSTD, 20. bis 31. August 1979). Das zentrale Thema der Konferenz war die Verringerung der Technologiekluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Weitere Informationen:

### **Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) Wien**

Internationales Zentrum Wien

Postfach 500, 1400 Wien, Österreich

Telefon: (+43-1) 26060-3325

Email: [unis@unvienna.org](mailto:unis@unvienna.org)

Internet: [www.unis.unvienna.org](http://www.unis.unvienna.org)